

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 255
janvier/février 2018
50^e année
paraît 6 fois par an

„Die CGFP ist für euch alle da!“



Am vergangenen 11. Dezember hatte die CGFP ihre Mitgliedsorganisationen zu ihrer alljährlichen Vorstandskonferenz im „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen eingeladen. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des CGFP-Nationalpräsidenten Romain Wolff befasste sich der Erste Vizepräsident der CGFP, Claude Heiser, mit den Rekrutierungsproblemen beim Staat. Um die Zukunft des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, dürften das Beamtendienstrecht und die Arbeitsplatzsicherheit keineswegs in Frage gestellt werden.

Danach oblag es CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, die Ereignisse des vergangenen Jahres Revue passieren zu lassen. Insbesondere ging er auf die überaus erfolgreiche Protestveranstaltung vom 27. November ein, bei der mehr als 750 Teilnehmer ihrem Unmut über die mangelnde Umsetzung der Reform des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck brachten. Die 80/80/90-Regelung gehöre abgeschafft, da die Berufsanfänger die gleiche Arbeit verrichten müssten wie ihre Kollegen, so Wolff.

Anschließend zeigte sich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger erstaunt darüber, dass nur zwei Parteien es für nötig empfunden hatten, auf die CGFP-Forderungen zur Nachbesserung der Reform des Staatsdienstes einzugehen. Zudem betonte er mit Nachdruck, dass die CGFP einer weiteren Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger sehr kritisch gegenüberstehe. Den rund 60 Fachverbänden sicherte Heiliger die Unterstützung der CGFP zu: „Die CGFP ist für euch alle da!“

Lesen Sie dazu unsere ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 4 bis 9



CGFP nimmt Regierung in die Verantwortung

Am 15. Januar tagte der CGFP-Nationalvorstand, um über die weitere Vorgehensweise infolge der CGFP-Protestveranstaltung vom 27. November zu befinden. An Premierminister Xavier Bettel geht der schriftliche Appell, bis zum 19. Februar zu versichern, dass die Regierung den CGFP-Forderungen zur Nachbesserung der Reform des öffentlichen Dienstes Folge leisten wird und sich zur Abschaffung der 80/80/90-Regelung bekennt. Sollte die Dreierkoalition nicht in der Lage sein, eine einheitliche Meinung zu vertreten, ist ein Konflikt im öffentlichen Dienst nicht mehr auszuschließen. Auch die Parteien werden aufgefordert, Farbe zu bekennen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 3



Trendwende bei Luxemburgs demografischer Entwicklung

Im vergangenen Jahr knackte Luxemburgs Einwohnerzahl die 600.000-Marke. Verantwortlich dafür ist vor allem die boomende Wirtschaft, die seit Jahren die Zuwanderung beschleunigt. Binnen zwei Jahrzehnten ist die Einwohnerzahl des Großherzogtums um mehr als 41% gestiegen. Seit dem Inkrafttreten der Reform des Nationalitätengesetzes im April 2017 hat unterdessen ein neuer Trend eingesetzt. Jüngsten Prognosen zufolge ist davon auszugehen, dass jedes Jahr 9.000 bis 10.000 Personen einen Einbürgerungsantrag stellen. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, würde die Zahl der Luxemburger schneller wachsen als jene der Ausländer.

Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 11



Hoffnung auf baldige Lösung für das Polizeimuseum

Das Polizeimuseum in der ehemaligen Gendarmerie-Kaserne auf Verlorenkost fristet ein trauriges Dasein: Seit Mai vergangenen Jahres sind die mehr als 5.000 Exponate, die einen Einblick in die Geschichte der Polizei gewähren, nicht mehr für die Besucher zugänglich. Die Verantwortlichen der Vereinigung „Musée de la Police Grand-Ducale“ halten die Gründe der Schließung für fragwürdig. Ihrer Ansicht nach wäre eine Instandsetzung des Gebäudes ohne riesigen Kostenaufwand möglich. Sie hegen jedoch den Verdacht, dass der Abriss absichtlich provoziert wird, um auf diesem Gelände ein großes Immobilienprojekt zu verwirklichen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 21

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Kein „einsamer Rufer..“

Zwei Monate ist es mittlerweile schon her, dass die CGFP zu einer großangelegten Protestversammlung ins „Parc Hotel Alvisse“ nach Dommeldingen eingeladen hatte. Im Zentrum der Kritik stand die zum 1. Oktober 2015 in Kraft getretene Dienstrechtsreform oder vielmehr diejenigen Punkte, aus der Neuordnung des Dienstrechts eben, deren Umsetzung sich letztlich als mangelhaft erwies.

Rückblick: Anders als die CGFP, die damals mit aller Entschlossenheit auf eine längst überfällige Gehälterrevision, d.h. eine Anpassung der Gehälter an die neuen Gegebenheiten, pochte, wollte die damalige Regierung eine grundlegende und vor allen Dingen weitreichende Dienstrechtsreform durchführen, koste es, was es wolle. Der CGFP war durchaus klar, dass es neben tiefgreifenden Anpassungen am Beamtenstatut vor allem um eins ging, nämlich um budgetäre Einsparungen, befanden wir uns zum damaligen Zeitpunkt doch in einem weitaus schwierigeren finanziellen Umfeld, als das heute der Fall ist.

Auch wenn es der CGFP aufgrund ihrer Hartnäckigkeit und ihres Verhandlungsgeschicks letztlich gelang, Schlimmeres abzuwenden, musste sie die eine oder andere „bittere Pille“ dennoch schlucken, allein schon, um einen größeren Sozialkonflikt im öffentlichen Dienst, der schließlich niemandem genutzt hätte, zu verhindern.

Die Reform soll für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und nicht gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgeführt werden, lautete die Zielvorgabe. Allein schon vor diesem Hintergrund wäre der Zeitpunkt aus CGFP-Sicht jetzt, fast zweieinhalb Jahre, nachdem die Reform in Kraft trat, mehr als gekom-



men, um Bilanz zu ziehen und gerade in denjenigen Bereichen, in denen die Umsetzung stümperhaft war, an den Schrauben zu drehen, Fehler zu korrigieren, Abläufe zu optimieren und damit die Qualität und die Effizienz zu steigern.

Sorgen bereitet der CGFP zum gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere der Umstand, dass der öffentliche Dienst Gefahr läuft, an Attraktivität zu verlieren. Die Abschaffung der sinnlosen 80/80/90-Regelung, die nicht unbedingt dazu beiträgt, Herr der Lage zu werden, war denn auch eine Kernforderung anlässlich der CGFP-Protestveranstaltung im vergangenen November. Begründung: Die grundsätzliche Reform des „Stage“, die an die 80/80/90-Regelung geknüpft war, ist bislang ausgeblieben. Verwaltungsübergreifend werden die Referendare vom ersten Arbeitstag an ins kalte Wasser geworfen. Trotz finanzieller Einbußen (bis zu 20 Prozent weniger als vor dem Inkrafttreten der Reform) üben Praktikanten quasi einen Vollzeitjob aus, so dass gerade das, was mit der Umsetzung der Reform verhindert werden sollte,

nämlich „billige Arbeitskräfte“ im öffentlichen Dienst zu schaffen, auf einmal bittere Realität geworden ist.

Dass die Aufforderung an die politischen Parteien, sich bis zur CGFP-Vorstandskonferenz am vergangenen 11. Dezember zu den CGFP-Forderungen zu äußern, bislang weitgehend unbeantwortet blieb, ist, mit Verlaub gesagt, beschämend. In der Tat haben sich bisher nur zwei politische Parteien, die KPL und déi Lénk, direkt an die CGFP gewandt und deren Forderungen in großen Teilen unterstützt. Die Anmerkung, zwei Wochen wären ein wenig knapp, um sich zu den CGFP-Anliegen zu äußern, können wir so jedenfalls nicht gelten lassen. Seit Anfang 2017 beherrschen Themen wie die geforderte Abschaffung der mehr als fragwürdigen 80/80/90-Regelung unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten. Und als national repräsentative Berufsorganisation muss man dann doch auch davon ausgehen können, dass sich die Politik dazu äußert – auch ohne dass es dafür zu einer Protestkundgebung kommen muss.

Aufgrund einer Entscheidung des CGFP-Nationalvorstandes vom vergangenen 15. Januar hat sich die CGFP nun schriftlich, sowohl an die Regierung als auch an alle politischen Parteien, gewandt und sie unmissverständlich dazu aufgefordert, bis zum kommenden 19. Februar ausdrücklich Stellung zu den CGFP-Forderungen zu beziehen. Die Frage könnte einfacher kaum formuliert sein: Wie ist die Haltung der Regierung / Ihrer Partei in Bezug auf die fragwürdigen Punkte aus dem Reformvorhaben im Allgemeinen und die Abschaffung der sinnlosen 80/80/90-Regelung im Besonderen?

Die CGFP verlangt eine konkrete Aussage. Mit Wischiwaschi-Antworten wird sie sich jedenfalls nicht mehr zufriedengeben und wird dann, einer Weisung des CGFP-Nationalvorstandes folgend, zu den sich in einem solchen Fall anbietenden gewerkschaftlichen Maßnahmen greifen müssen. Eine Schlichtung, die in extremis in einen Sozialkonflikt münden könnte, der dem Land sicherlich alles andere als gut zu Gesicht stünde, wäre dann jedenfalls nicht mehr auszuschließen.

Mit der Rolle des „einsamen Rufers in der Wüste“ (vgl. „Luxemburger Wort“ vom 12. Dezember 2017) wird sich die CGFP jedenfalls nicht weiterhin abfinden. Die Politik täte allemal gut daran, der CGFP wieder ganz schnell diejenige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die ihr auch zusteht, und sie wieder als verlässliche, verantwortungsbewusste, ernstzunehmende und in mancherlei Hinsicht nicht zu unterschätzende Sozialpartnerin zu berücksichtigen. Als Interessenvertretung von mehr als 30.000 Familien darf man diesen Anspruch wohl erheben!

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär

CGFP: Regierung muss unverzüglich handeln!

Die Umsetzung der Reform des öffentlichen Dienstes verläuft alles andere als zufriedenstellend. Bereits bei der Abstimmung im Parlament waren sich die Abgeordneten im Jahr 2015 weitgehend darüber einig, dass eine tiefgreifende Bestandsaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen müsse. Die Annahme erwies sich als richtig: Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reform sind verheerende Schwachstellen aufgetreten. Die ungerechte Neuordnung verschiedener Laufbahnen, das äußerst fragwürdige Bewertungssystem, die zunehmende Überbelastung der Beschäftigten sowie die befürchtete Ausgrenzung der CGFP-Fachverbände wecken in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes den Unmut der Bediensteten.

Seit Monaten fordert die CGFP umfangreiche Nachbesserungen, damit der Staatsdienst nicht zunehmend an Attraktivität einbüßt. Insbesondere die umstrittene 80/80/90-Regelung, die von der CGFP nur mitgetragen wurde, um weitaus Schlimmeres zu verhindern, ist inzwischen mit nichts mehr zu rechtfertigen. Die grundlegende Reform des Praktikums, die als Gegenleistung an die Abmachung geknüpft war, blieb ein

leeres Versprechen. Deshalb gehören die finanziellen Einbußen, die die Berufsanfänger in den ersten 3 Jahren derzeit in Kauf nehmen müssen, abgeschafft.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatte die CGFP am 27. November vergangenen Jahres zu einer überaus erfolgreichen Protestveranstaltung mit mehr als 750 Teilnehmern aufgerufen. Damals wurde sämtlichen Parteien eine Frist von zwei Wochen gewährt, um klarzustellen, ob sie die CGFP-Forderungen zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes mittragen wollen. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei (KPL) und Déi Lénk blieben die anderen Parteien aus unterschiedlichen Gründen eine Antwort schuldig.

Die CGFP, die die Interessen von mehr als 30.000 öffentlich Bediensteten vertritt, will sich nicht mit der Rolle des einsamen Rufers in der Wüste abfinden. Um den Druck weiter zu erhöhen, hat der CGFP-Nationalvorstand in seiner Sitzung am 15. Januar weitere gewerkschaftliche Aktionen beschlossen.

Die CGFP nimmt nun die Regierung in die Verantwortung. Als Regierungschef der Dreierkoalition wird Staatsminister Xavier Bettel schriftlich dazu aufgefor-

dert, sich noch in dieser Legislaturperiode zu Nachbesserungen an der Reform des Staatsdienstes zu bekennen und die unsinnige 80/80/90-Regelung abzuschaffen. Darüber hinaus werden auch alle Parteien angeschrieben und dazu aufgefordert, ein für alle Mal Klarheit zu sprechen.

Die Regierung hat bis zum 19. Februar Zeit, Stellung zu den CGFP-Forderungen zu beziehen.

Sollte sich zu diesem Zeitpunkt herausstellen, dass die Regierung nicht in der Lage ist, diesbezüglich eine einheitliche Meinung zu vertreten, die den Anliegen der CGFP Rechnung trägt, wird die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten weitere gewerkschaftliche Maßnahmen in die Wege leiten. Eine der möglichen Konsequenzen könnte darauf hinauslaufen, dass es zu einem Konflikt im öffentlichen Dienst kommt und die Schlichtungskommission sich der Angelegenheit annehmen muss.

In seiner jüngsten Sitzung befasste sich der CGFP-Nationalvorstand zudem mit der schleppenden Umsetzung des Gehälterabkommens für den öffentlichen Dienst. Bedauert wurde, dass auch ein Jahr nach der Unterzeichnung des Abkommens ein Großteil der ausge-

handelten Verbesserungen noch immer auf sich warten lassen.

Die CGFP hat wenig Verständnis dafür, dass der entsprechende Gesetzentwurf so spät, im September 2017, auf den Instanzenweg geschickt wurde und nicht mehr rechtzeitig vor Jahresende im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden konnte. Auch die Anpassung des Punktwertes von 1,5 Prozent, die zum 1. Januar 2018 in Kraft hätte treten sollen, ist in Verzug geraten und muss rückwirkend ausgezahlt werden.

Der Mindestlohn, der zuletzt am 1. Januar 2017 der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst wurde, ist nach wie vor zu niedrig im Vergleich zum garantierten Mindesteinkommen (RMG), in Zukunft Revis genannt. Und deshalb tritt die CGFP für eine Anhebung des Mindestlohnes ein.

Überhaupt keinen Handlungsbedarf sieht die CGFP derzeit bei den Renten und Pensionen. Eventuelle Verschlechterungen dürften zu diesem Zeitpunkt nicht auf der politischen Agenda stehen. Gerade in Zeiten gut gefüllter Rentenkassen bestehe kein Bedarf, an den Stellschrauben der Altersversicherung zu drehen.

ml

51. Vorstände Konferenz der CGFP

CGFP nimmt die Politik in die Pflicht

Forderung nach unverzüglicher Anpassung der Dienstrechtsreform

Anlässlich ihrer großangelegten Protestveranstaltung am 27. November 2017 hatte die CGFP die einzelnen Parteien dazu aufgerufen, im Vorfeld der Parlamentswahlen klarzustellen, wie sie die Zukunft des öffentlichen Dienstes zu sichern gedenken. Zwei Wochen später ging die CGFP-Führung am 11. Dezember im Rahmen der Vorstände Konferenz im Festsaal des „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen auf die politischen Reaktionen ein.

In seiner Begrüßungsansprache hieß CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff die Anwesenden herzlich willkommen – darunter mehrere Abgeordnete, Vertreter der Ministerien und Verwaltungen sowie die Exekutive des Kooperationspartners FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals. Auf nationaler Ebene blicke man auf ein turbulentes Jahr zurück, hieß es einleitend.

Aus Sicht der CGFP hätten zwei große Ereignisse 2017 geprägt, nämlich die 50-Jahr-Feier sowie die große und erfolgreiche Protestveranstaltung am 27. November. Die Kundgebung sei erneut der Beleg dafür gewesen, dass die CGFP stets in der Lage sei, gerade dann die Reihen zu schließen, wenn es darauf ankomme, so Wolff, der sich bei den Mitgliedern für die rege Teilnahme bedankte.

Auf europäischer Ebene zeigte sich der Redner darüber erfreut, dass die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem jüngsten EU-Sozialgipfel in Göteborg die „Säule sozialer Rechte“ proklamiert haben. Zugleich bedauert er, dass bei einer derart wichtigen Initiative einige Sozialpartner wie z.B. die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) mit ihren mehr als 5 Millionen Mitgliedern außen vor gelassen wurden. Es bleibe zu hoffen, dass der entsprechende Text über die reine Symbolik hinausgehe. Konkrete soziale Maßnahmen, die den Menschen zugutekämen, müssten unbedingt folgen.

In der Vergangenheit habe die EU die sozialen Themen stark vernachlässigt. Um eine gerechte Wirtschafts- und Währungsunion sicherzustellen, müssten die sozialen Kriterien verstärkt in den Vordergrund rücken. Damit ein gerechteres Europa Wirklichkeit werde, sollten die Politiker mehr auf die Bürger zugehen und sich selbst ab und zu in Frage stellen, statt sich dem Druck zahlreicher Lobbyisten aus der Wirtschaftsbranche zu beugen.



Die CGFP stehe einer weiteren Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger sehr kritisch gegenüber, sagte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger: „Luxemburg braucht nicht päpstlicher zu sein als der Papst!“ Prozentual gesehen beschäftige der Staat hierzulande mehr EU-Bürger als dies in anderen Ländern der Fall sei.



Die Kürzungen bei den Entschädigungen der Berufsanwärter müssten aus der Welt geschafft werden, bekräftigte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Derzeit dient die 80/80/90-Regelung dazu, billige Arbeitsplätze zu schaffen, getreu dem Motto, 100 % arbeiten und 80 % verdienen.“

Die 51. Vorstände Konferenz der Confédération Générale de la Fonction Publique fand regen Zuspruch. Unter den statutarischen Organen der CGFP nimmt die „Conférence des Comités“, die Zusammenkunft der Vorstände von über 60 CGFP-Fachverbänden, einen ganz besonderen Stellenwert ein. So verabschiedet sie das aktualisierte Aktionsprogramm der CGFP und nimmt Stellung zu dringenden Problemen.

Die Verlängerung der Zulassung des höchst umstrittenen Herbizids Glyphosat um fünf weitere Jahre bezeichnete der CGFP-Nationalpräsident als einen handfesten Skandal: „So stellen wir uns das künftige Europa nicht vor!“ Auch überflüssige Entscheidungen wie z.B. die EU-Verordnung für den Bräunungsgrad von Pommes frites würden dem Image der Europäischen Union nur schaden.

In der Regel gehöre es nicht zu den Gepflogenheiten der CGFP, politische Stellungnahmen aus den Medien zu kommentieren, doch dieses Mal käme man aus Aktualitätsgründen nicht ganz daran vorbei, stellte Romain Wolff klar. Dabei wiederholte er die CGFP-Forderung, dass die Reform im öffentlichen Dienst teilweise nachgebessert werden müsse. Die 80/80/90-Regelung, die Kür-

zungen bei den Entschädigungen der Praktikanten nach sich zieht, diene dazu, billige Arbeitsplätze zu schaffen, getreu dem Motto „100% arbeiten und 80% verdienen“. Die maßgebliche Reform des „Stage“, die eine Grundvoraussetzung für die Zustimmung der CGFP war, sei eine Fehlanzeige geblieben.

Unbesetzte Stellen beim Staat

Anhand von konkreten Zahlen legte der Redner dar, dass die Sparmaßnahmen beim Staat noch immer nicht abgeschlossen sind. Im Haushaltsentwurf 2018 seien zusätzliche Ausgaben in Höhe von 77,9 Millionen Euro für neue Stellen beim Staat vorgesehen. Gleichzeitig seien durch die zeitweilige Nichtbesetzung von staatlichen Arbeitsplätzen Minderausgaben in Höhe von 51,5

Millionen Euro vorgesehen. Dies sei der Beleg dafür, dass neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze zahlreiche Stellen beim Staat nicht ersetzt würden. Im Haushaltsentwurf gebe es keine vernünftige Erklärung für diese paradoxe Situation.

Oft werde behauptet, das Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst koste den Staat jährlich 50 Millionen Euro. Un erwähnt bleibe dabei die Tatsache, dass mindestens die Hälfte dieses Betrags über direkte Steuern, Beitragszahlungen und Mehrwertsteuer wieder in die Staatskasse fließt. Dieses Geld könne zur Finanzierung von wichtigen und nützlichen Projekten genutzt werden. Des Weiteren solle man nicht außer Acht lassen, dass sich das Besoldungsabkommen im öffentlichen Dienst positiv auf die Kollektivvertragsverhandlungen in der Privatwirtschaft auswirke. Ferner werde die Kaufkraft der Menschen beflügelt.

Auch die derzeitige Besteuerung der sogenannten „Stock Options“ bezeichnete CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff als einen „schlechten Witz“. Die Zusatzvergütungen, die in der Regel den Managern multinationaler Konzerne in Form von Bezugsrechten auf Aktien gewährt werden, würden jedes Jahr beim Staat mit 150 bis 180 Millionen Euro zu Buche schlagen. Dieses System, das Klein- und Mittelverdienern verwehrt bleibe, müsse bald der Vergangenheit angehören.

Hart ins Gericht ging der CGFP-Nationalpräsident mit manchen öffentlichen Einrichtungen, die sich noch immer weigern würden, die Reform systematisch umzusetzen, alles unter dem Deckmäntelchen einer sogenannten Autonomie. Ausgerechnet in jenen „établissements publics“, die ausschließlich über ein öffentlich-rechtliches Statut verfügen, seien die Probleme am gravierendsten.

Wolff warf die Frage auf, warum die Politik hier kein Machtwort spreche: „Hat die Politik abgedankt?“ Sollte sich die Regierung hier aus der Verantwortung stehlen, käme dies einem totalen Vertrauensbruch gleich. Falls die Politik nicht einschreite, werde die CGFP eine gezielte Mobilisierungsaktion starten. Die zwischen der CGFP und der Regierung ausgehandelten Maßnahmen müssten für alle Beschäftigten der öffentlichen Einrichtungen gelten, pflichtete CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger ihm bei. Ein jüngster Fernsehauftritt des Beam-



tenministers Dan Kersch deutete darauf hin, dass die Regierung ähnlicher Ansicht sei.

Bei der Steuerreform, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten ist, handele es sich keineswegs um eine tiefgreifende Reform, sondern lediglich um punktuelle Änderungen an bestehenden Gesetzestexten, fuhr Wolff fort. Auch wenn private Haushalte teilweise entlastet worden seien, gehe die Steuerreform nicht weit genug. Noch immer sei die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation nicht vollzogen worden. Der Mittelstandsbüchel werde nicht ausreichend abgedeckt. Im Übrigen werde das Kapital im Vergleich zur Arbeit nicht genug besteuert.

Handlungsbedarf gebe es in Bezug auf die Steuerklasse 1A, so Wolff: „Es ist ein Anachronismus, dass u.a. Alleinerziehende in diese Steuerklasse eingestuft werden und somit mehr Steuern zahlen müssen, als wenn sie verheiratet wären.“ Ferner wies er darauf hin, dass manche steuerliche Regelungen mittels eines Rundschreibens eingeführt wurden. Ein derartiges Vorgehen stehe nicht im Einklang mit der Verfassung.

Ein Garant des sozialen Friedens

Am Ende seiner Rede richtete CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff den Blick nach vorne. Als ideologisch neutrale und parteipolitisch unabhängige Berufsorganisation sei die CGFP für die Zukunft optimal aufgestellt. An die Politik ging der Aufruf, sich für einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst einzusetzen. Die öffentliche Hand dürfe nicht als reiner Kostenfaktor betrachtet werden.

Allzu oft werde beim Staat auf Experten von großen Beraterfirmen zurückgegriffen, die letztendlich nicht günstiger seien. Der öffentliche Dienst in Luxemburg sei einer der billigsten und effizientesten überhaupt. Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen sei ein wesentlicher Garant des sozialen Friedens. Zum Schluss äußerte er den Wunsch, die Beschäftigten aus der Privatwirtschaft künftig nicht mehr gegen jene aus dem Staatsdienst aufzuhetzen.

Anschließend ergriff Generalsekretär Steve Heiliger das Wort. Gleich zu Beginn seiner Rede bedankte er sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und wies dabei auch auf die hervorragende Zusammenarbeit im Exekutivbüro hin. Rückblickend betrachtet habe sich die Wirtschaftslage 2017 in zahlreichen Ländern verbessert, so Heiliger. Doch noch immer würden mancherorts Krieg, Terror und Hungersnot herrschen.

Bislang sei Luxemburg vom Schlimmsten verschont geblieben. Obwohl die nationale Statistikbehörde Statec die Konjunkturprognosen für 2018 neulich nach unten korrigiert habe, stehe das Großherzogtum im europäischen Vergleich noch immer sehr gut da. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs würden die Arbeitslosigkeit sowie die horrenden Immobilienpreise nach wie vor ein großes Problem in Luxemburg darstellen.

So wie es im Beschäftigungspakt zwischen dem Staat und den Arbeitgebern vereinbart wurde, seien Tausende Erwerbslose eingestellt worden. Es bleibe jedoch zu hoffen, dass es sich um sichere Stellen handele, die es den Arbeitnehmern ermöglichen, ein dezentales Leben zu führen. Beim kommunalen Wahlkampf seien nahezu alle Parteien für bezahlbaren Wohnraum eingetreten, rief CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger den Anwesenden in Erinnerung. Absichtserklärungen würden allerdings nicht ausreichen, hieß es weiter. Die Politik müsse sich endlich dieser Herausforderung stellen.

Des Weiteren ging der Redner auf das Gehälterabkommen ein, auf das sich die CGFP und die Regierung im Dezember 2016 geeinigt hatten. Erneut habe sich erwiesen, dass Ausdauer, Verhandlungsgeschick und gute Argumente zu sehr vernünftigen Ergebnissen führen konnten. Neben einigen punktuellen, finanziellen Verbesserungen hätten die



Claude Heiser, erster Vize-Präsident der CGFP, eröffnete seinen Vortrag anlässlich der 51. Vorstandskonferenz mit einem Zitat des französischen Philosophen Ernest Renan. In seinen *Dialogues et fragments philosophiques* schreibe dieser: „Chaque génération doit à la suivante ce qu'elle a reçu de ses devancières, un ordre social établi.“ Somit bedeute gesellschaftliche Ordnung für diesen französischen Denker nichts anderes als eine *Zusammenarbeit* von Alt und Jung, also *Solidarität zwischen den Generationen*. Gelänge das Weiterreichen von Erfahrung und Wissen an die kommende Generation, und bestünde für Letztere die Möglichkeit, sich dieses Wissen anzueignen, es einzusetzen und zu perfektionieren, dann bliebe dieser Kreislauf bestehen und die soziale Ordnung erhalten. Die Feststellung „Zukunft braucht Herkunft“ – Titel eines Essays des deutschen Philosophen Odo Marquard – verweise zunächst darauf, dass junge Menschen solide Erfahrungsgrundlagen bräuchten, auf denen sie auf- und weiterbauen könnten. Die Gegenthese treffe aber ebenfalls zu, nämlich dass „Herkunft“ ihrerseits „Zukunft“ brauche. Um den Weiterbestand einer Gesellschaft zu sichern, benötige man junge Menschen, die bereit seien, mit vollem Einsatz und voller Motivation die Nachfolge anzutreten.

Der Staatsdienst erfordere ebenfalls junge und motivierte Leute, damit dieses „Getriebe“, das durchaus gut funktioniere, auch weiterhin am Laufen gehalten werde. Leider müsse man jedoch feststellen, dass in den letzten Jahren die Rekrutierung im Öffentlichen Dienst an Effizienz eingebüßt habe und viele Posten nicht mehr hätten besetzt werden können. Neben Einstellungsbedingungen, die zum Teil überdacht werden müssten, gäbe es die berühmt-berüchtigte und von der CGFP infrage gestellte 80-80-90-Regelung als zusätzliche Attraktivitätsinbuße. Da man vielerorts Zweifelhaftes über das Zustandekommen bzw. eine eventuelle Abschaffung dieser Maßnahme höre und lese, sei eine kurze Stellungnahme vonnöten.

Zunächst sei die 80-80-90-Regelung nicht mit einem Lohnabkommen gleichzusetzen, da diese im Rahmen einer keineswegs von der CGFP angestoßenen statistischen Reform bestenfalls als Kompromiss akzeptiert worden sei; wenn nun die CGFP verlange, diese Regelung abzuschaffen, dann stelle diese Forderung keineswegs den im vorigen Jahr geschlossenen Tarifvertrag in Frage. Dieser sowie die 80-80-90-Regelung seien „zwei Paar Schuhe“, und die CGFP verlange lediglich, dass jene Maßnahmen der Reform von Oktober 2015, die sich im Nachhinein als sinnlos herausgestellt hätten, wieder schnellstmöglich rückgängig gemacht würden.

Zweitens sei die 80-80-90-Regelung von der CGFP nur unter der Voraussetzung akzeptiert worden, dass die Referendare in Zukunft an erster Stelle als „Auszubildende“ betrachtet würden, dass also ihrer Ausbildung ein besonderes Gewicht beigemessen werde und sie erst Schritt für Schritt in ihr eigentliches Amt eingeführt würden. In vielen Fällen habe sich jedoch im Nachhinein herausgestellt, dass die Referendare ihr Amt ab dem ersten Jahr quasi zu 100% ausüben müssten und ihre Ausbildung ganz oft außerhalb von den öffentlichen Geschäftszeiten stattfände. Es könne doch nicht angehen, dass die Reform des Referendariats lediglich darin bestünde, den Auszubildenden stets weitere Kurse aufzubürden. Auch sei es völlig inakzeptabel, Arbeitnehmer, die zu 100% arbeiteten, nur zu 80% zu entlohnen.

Drittens lehne die CGFP das Argument, die CGFP „habe ja dieser Reform zugestimmt“, kategorisch ab; in der Tat hätten beide Seiten, Regierung und Gewerkschaft, einen *Kompromiss* unterschrieben. Man könne aber kaum von einem Vertragsbruch sprechen, wenn sich nach Jahren herauskristaliere, dass das, was sich in der Theorie einmal schön und gut angehört habe, im realen Leben nicht umsetzbar sei. Wenn sich eine Maßnahme unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als überflüssig erwiesen hätte, wenn eine Maßnahme nie so hätte verwirklicht werden können, wie sie angedacht worden sei, dann solle man den Mut besitzen und diese – so wie eine Reihe anderer Ungereimtheiten – wieder außer Kraft setzen. Wenn man nichts mehr revidieren oder rückgängig machen dürfe, was man einmal unterschrieben habe, könne man auch keine Gesetze mehr abändern oder anpassen.

Fest stehe, dass sowohl die momentanen Rekrutierungsmethoden als auch die teilweise Überstrapazierung der Referendare die Zukunft des Öffentlichen Dienstes gefährden würden. In eine sichere Zukunft könne man nur blicken, wenn das Zusammenspiel der Generationen auch weiterhin gewährleistet werde: „Vérité sociale profonde“, so Paul Bourget, „il n'y a d'accroissement de la force d'un pays que si les efforts des générations s'additionnent.“ Was aber bedeute der Leitspruch „eine sichere Zukunft für den Öffentlichen Dienst“?

Gewährleistet sei die Zukunft unseres Staatsapparats dann, wenn Beamte und Angestellte sich *sicher fühlen* würden: sicher, den richtigen Beruf gewählt zu haben, sicher, unter angemessenen Arbeitsbedingungen arbeiten zu können, sicher, dass ihr Einsatz geschätzt werde. In den Behörden müsse ferner ein Vertrauensverhältnis zwischen den verschiedenen Dienstebenen bestehen. Zufriedenheit, Wertschätzung und persönlich sinnvoll erlebte Arbeit seien Kriterien, die das Weiterbestehen eines bis jetzt immer als effizient empfundenen Öffentlichen Dienstes sichern würden.

Sicherheit sei aber auch *stricto sensu* zu verstehen: So müsse jeder Beamter und Angestellter auf den Schutz seines Arbeitgebers zählen können, um sein Amt sicher ausführen zu können. Wenn angehende Polizisten überlastet und sogar noch weniger als die anderen Referendare beim Staat verdienen würden, dann werde leichtfertig mit der Sicherheit gerade von denjenigen Leuten umgegangen, die ihrerseits die Sicherheit von uns allen gewährleisten sollen – dies sei ein Beispiel von einem geradezu gefährlichen Widerspruch.

Sicherheit stehe auch für eine gebührende Entlohnung und Arbeitsplatzsicherheit. Dass diejenigen, die für den Staat arbeiten, den Staat vertreten, den Staat zum Teil verkörpern würden, einen angemessenen Lebensstandard verdienen, liege auf der Hand. Europaweit werde Luxemburg noch immer als eines der Länder mit den niedrigsten Korruptionsraten eingeschätzt, und das solle auch so bleiben. Die Arbeitsplatzsicherheit garantiere den Beamten, dass sie nicht zum Spielball von irgendwelchen Beeinflussungsversuchen würden und ihrer Aufgabe neutral und objektiv nachgehen könnten.

Eine sichere Zukunft des Öffentlichen Dienstes erkenne die CGFP in einem neu strukturierten und effizienteren Rekrutierungs- und Auswahlverfahren. Ferner müssten sowohl das Beamtendienstrecht als auch die Arbeitsplatzsicherheit erhalten bleiben, während eine Reihe von Maßnahmen aus der statistischen Reform von 2015, die sich als sinnlos oder ineffizient erwiesen hätten, kurzerhand abgeschafft gehöre.

Eine sichere Zukunft des Öffentlichen Dienstes bedeute eine sichere Zukunft für unseren Staat, und somit eine sichere Zukunft für unser Land und die Menschen, die dort leben würden. In einem Land, in dem die Einwohnerzahl kontinuierlich ansteige, in einer Gesellschaft, die immer komplexer werde, in einer Welt, die immer gefährlicher werde, brauche man eine starke und effiziente Beamtenschaft, die auf wichtigen Gebieten wie der inneren Sicherheit, der Verwaltung, des Schutzes und der Bildung der Bürger, ausschlaggebend sei.

Die CGFP sehe die Zukunft des Öffentlichen Dienstes gesichert, solange genügend kompetenter Nachwuchs, der ordnungsgemäß ausgebildet und angemessen besoldet werde, eingestellt werde. Sich für junge Menschen einzusetzen, heiße auch, sich für die weniger jungen einzusetzen, denn meist habe der Mangel an Nachwuchs Konsequenzen für diejenigen, die bereits im Amt seien. Somit würden *alle* von der Solidarität profitieren, und jede Handlung *solle* und *müsse* zukunftsorientiert sein, damit wir eine Gesellschaft hinterließen, die diesen Namen auch verdiene. So sollten sich sowohl Politiker als auch Gewerkschafter den ironisch zugespitzten Unterschied, den der Amerikaner James Freeman Clarke 1870 in seinem Werk *Wanted, a statesman!* zwischen dem Politiker und dem Staatsmann gemacht habe, zu Herzen nehmen: „A politician [...] is a man who thinks of the next election; while the statesman thinks of the next generation.“ Wenn wir ehrlich seien, sollten wir wenigstens versuchen, die zwei Haltungen miteinander zu verbinden.



Fortsetzung von Seite 5

familienfreundlichen Maßnahmen einen hohen Stellenwert eingenommen. In den vergangenen Monaten habe die CGFP viel Zeit damit verbracht, die konkrete Umsetzung der Regelungen zu begleiten, um sicherzustellen, dass die jeweiligen Texte dem Geist des Abkommens gerecht werden.

Manche Bestimmungen, wie etwa die einmalige Jahresprämie und die vorteilhaften Bedingungen des M-Passes, seien relativ zügig umgesetzt worden. Andere Bestandteile des Besoldungsabkommens, wie z.B. die Punktwerthöhung zum 1. Januar 2018 und die Anhebung der Essenszulage (rückwirkend auf den 1. Januar 2017), befänden sich hingegen noch immer auf dem Instanzenweg. Jetzt, wo das Gutachten des Staatsrats vorliege, dürfe der Abstimmung im Abgeordnetenhaus eigentlich nichts mehr im Weg stehen.

„Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Abkommens wollen die Staatsbediensteten endlich in den Genuss der Vereinbarungen kommen“, ereiferte sich Heiliger. Von großer Bedeutung sei die Einführung des Zeitsparkontos, das den öffentlich Bediensteten die Möglichkeit biete, die geleisteten Überstunden zu einem gegebenen Zeitpunkt in Urlaubsstage umzuwandeln.

Die Zeit drängt

Teile der Politik seien der Ansicht, dass die sektoriellen Anliegen über ein Gehälterabkommen geregelt werden sollen. Die CGFP habe immer wieder aufs Neue versucht zu erklären, dass dem nicht so sei, und dass sektorielles Begehren eine Angelegenheit der jeweiligen Fachverbände bleiben müssten. Inzwischen habe man den Eindruck, dass diese Botschaft allmählich verstanden worden sei, fuhr Steve Heiliger fort.

Zugleich sicherte er den mehr als 60 Fachverbänden die Unterstützung der CGFP zu, damit deren Forderungen Rechnung getragen werde: „Die CGFP ist für euch alle da!“ Die Größe der Fachverbände spiele dabei keine Rolle. Gerade in sektoriellen Belangen müsste den CGFP-Mitgliedsorganisationen wieder die Bedeutung beigemessen werden, die ihnen zustehe.

Die Umsetzung der Reform im öffentlichen Dienst ist in vielen Bereichen mangelhaft. „Hätte die Politik damals bei den Verhandlungen auf die CGFP gehört, dann bräuchten wir heute überhaupt nicht zu demonstrieren, dann gebe es weder ein Bewertungssystem noch eine 80/80/90-Regelung und wir hätten uns viel Ärger erspart“, legte der CGFP-Generalsekretär nach.

Am 27. November 2017 hatte sich die CGFP diesbezüglich mit einem Forderungskatalog an die Politik gerichtet. Sämtliche Parteien waren dazu aufgerufen worden, im besten Falle binnen zwei Wochen dazu Stellung zu

beziehen. Die Aussage mancher Politiker, dass der Zeitraum zu knapp sei, um darauf reagieren zu können, ließ CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger nicht gelten, da die Themen seit Längerem bekannt seien. Bereits vor der CGFP-Kundgebung habe die KPL ihre Solidarität bekundet.

Danach sei Déi Lénk die einzige Partei gewesen, die es für nötig empfunden habe, schriftlich auf die Forderungen der CGFP zu reagieren. In zwei Punkten sei man sich scheinbar auch einig: Genau wie die CGFP lehne auch Déi Lénk die 80/80/90-Regelung ab, die darauf abziele, zu Lasten der Berufsanfänger zu sparen. Auch beim Bewertungssystem, das Déi Lénk als „absurd“ bezeichnen, liege man mehr oder weniger auf einer Linie. Nur in Bezug auf eine zusätzliche Öffnung des öffentlichen Dienstes für Nicht-Luxemburger gebe es noch Meinungsverschiedenheiten, so Heiliger schmunzelnd: „Wir müssen noch ein wenig daran arbeiten!“

Über die Reaktionen der anderen Parteien sei man teilweise schon erstaunt gewesen, betonte der Orator. Dabei knüpfte er sich all jene Politiker vor, die in den vergangenen Tagen in den Medien Stellung zu den CGFP-Forderungen bezogen hatten, ohne sie allerdings namentlich zu erwähnen. Es sei schon verwunderlich, dass ausgerechnet eine Partei, die bereits in der vorigen Legislaturperiode Regierungsverantwortung trug, heute nicht mehr verstehe, warum die CGFP damals „den Deal mit der 80/80/90-Regelung“ akzeptiert habe, stellte Heiliger trocken fest.

Man habe dem Kompromiss, der an eine grundlegende Reform des Praktikums gekoppelt war, lediglich zugestimmt, um den Schaden zu begrenzen. Die Alternative wäre ein Sozialkonflikt im öffentlichen Dienst gewesen, der wirklich niemandem genutzt hätte. Als verantwortungsvoller und verlässlicher Partner habe die CGFP es nicht darauf ankommen lassen wollen. Dies bedeute jedoch nicht, dass man ewig an der alten Regelung festhalten müsse, zumal die Gegenleistung nicht in dem Maße erfüllt worden sei, wie vereinbart.

Die Gewinnmaximierung darf nicht oberstes Ziel sein

Erst kürzlich hatte der Vertreter einer Regierungspartei vor laufender Kamera behauptet, dass seine Partei die Kürzung der Entschädigungen während der ersten drei Jahre nicht in Frage stellen werde, da die Praktikanten aufgrund ihrer Ausbildung nicht voll einsatzfähig seien. „Dazu kann ich nur sagen: Der betreffende Politiker hat rein gar nichts verstanden“, ärgerte sich Heiliger. Zudem habe man mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass nun eine weitere Partei intern über die CGFP-Forderungen diskutieren wolle. „Es wird allmählich Zeit“, erzürnte sich Heiliger.

Erneut bekräftigte er, dass die CGFP einer weiteren Öffnung des Staatsdienstes für Nicht-Luxemburger sehr kritisch gegenüberstehe: „Luxemburg braucht diesbezüglich nicht päpstlicher zu sein als der Papst!“ Bereits jetzt beschäftige der luxemburgische Staat, prozentual gesehen, mehr EU-Bürger als dies in den Nachbarstaaten der Fall sei. In einem Staat, der seine Eigenständigkeit und seine Identität wahren möchte, sollten die hoheitsrechtlichen Aufgaben auch künftig von Luxemburgern wahrgenommen werden. Auch in anderen Ländern werde dies so gehandhabt. Diese Sicht der Dinge könne nicht mit Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenhass in Verbindung gebracht werden.

Bereits zuvor hatte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff zu bedenken gegeben, dass zahlreiche Menschen

hierzulande vergeblich auf der Suche nach einer Arbeit seien. Die rund 300 Vollzugsbeamte, die für das Untersuchungsgefängnis in Sassenheim erforderlich sind, würden eine zusätzliche Öffnung des Staatsdienstes nicht rechtfertigen. Nach der Reform des Nationalitätengesetzes, gegen die die CGFP absolut nichts einzuwenden habe, müsse es möglich sein, in Luxemburg ausreichend Mitarbeiter zu finden.

Zur Lösung der Rekrutierungsprobleme beim Staat schlug Steve Heiliger mehrere Alternativen vor: Eine grundlegende Reform des Praktikums, dringend notwendige Anpassungen bei der Ausbildung sowie eine Reform des Staatsexamens. Bislang seien jedoch die CGFP-Überlegungen zu diesem Thema seitens der Politik nicht allzu viel kommentiert worden.

Bei der geforderten Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst würden manche Politiker die Ansicht der CGFP teilen, dass ein derartiger Mechanismus im öffentlichen Dienst nichts zu suchen habe, erfreute sich Heiliger. Kein Verständnis hatte er indes für die Äußerung eines Politikers, dass sich auch die Beamten im öffentlichen Dienst ab und zu einer Bewertung unterziehen müssten, da dies in ihrem Sinne sei.

Schluss mit den Privatisierungstendenzen

Der Ursprung des Bewertungssystems liege in der rein profitorientierten Privatwirtschaft, kontierte Heiliger. Der Staatsdienst verfolge unterdessen eine andere Zielsetzung: „Wir betrachten uns als einen Dienstleistungssektor, der Dienste erbringt, die von der Bevölkerung geschätzt werden“, versicherte der Redner. Die regelmäßigen Umfragen würden dies belegen.

Abschließend befasste sich der CGFP-Generalsekretär mit den Problemen, die einige öffentliche Einrichtungen derzeit bereiten. Bei der Spuerkeess hätten die umstrittenen Handlungen des Manage-

51. CGFP-Vorstandskonferenz

Die Gäste

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV):

Sylvie Andrich-Duval,
Abgeordnete

Octavie Modert,
Abgeordnete

Gilles Roth,
Abgeordneter

déi gréng:

Josée Lorsché,
Abgeordnete

déi lénk:

Marc Baum,
Abgeordneter

Demokratische Partei (DP):

Eugène Berger,
Fraktionspräsident

Gusty Graas,
Abgeordneter

Kommunistische Partei (KPL):

Ali Ruckert,
Parteipräsident

Gilbert Simonelli,
Vizepräsident

Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP):

Roger Negri,
Abgeordneter

Alternativ Demokratisch Reformpartei (ADR):

Gaston Gibéryen,
Abgeordneter

Fernand Kartheiser,
Abgeordneter

Fédération Générale de la Fonction Communale (FGFC):

Marco Thomé,
Präsident

Jean-Paul Kertz,
Vizepräsident

Alain Spies,
Kassierer

Jean-Marie Michels,
Mitglied des Exekutivbüros

Dan Cardarelli,
Ehrenpräsident

Conseil Economique et Social (CES):

Jean-Claude Conter

Berufskammer des öffentlichen Dienstes:

Georges Muller, *Direktor*

Marc Poos

Roland Rinnen

Georges Trauffer

Staatsbeamtenkrankenkasse

Claude Stephany, *Präsident*

ments dazu geführt, dass der Konflikt nun vor dem Schlichter ausgetragen werden müsse. Derzeit sei ein Einlenken seitens der BCEE-Führungskräfte noch immer nicht erkennbar, so dass eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden sei, um Lösungen auszuloten.

Bei einem Konflikt im öffentlichen Dienst bewege man sich im Rahmen des Streikrechts, warnte Heiliger. Auch wenn sich die CGFP keinen Streik herbeisehne, schließe sie dennoch eine derartige Maßnahme nicht von vorneherein aus. Soziale Unruhen – gerade im öffentlichen Dienst – würden Luxemburg nicht gut zu Gesicht stehen. Er rief die politischen Entscheidungsträger dazu auf, verantwortungsvoll zu handeln, statt um jeden Preis mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen.

Angesichts der anstehenden Parlamentswahlen sei davon auszugehen, dass stürmische Zeiten bevorstehen, sagte Steve Heiliger. Luxemburg brauche einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Den Privatisierungstendenzen müsse endlich einen Riegel vorgeschoben werden. An die Regierung ging der Appell, die kommenden zehn Monate zu nutzen, um den öffentlichen Dienst weiter voranzutreiben. Abschließend zeigte sich der CGFP-Generalsekretär zuversichtlich, dass es auch künftig gelingen werde, die sozialen Errungenschaften zu verteidigen: „Auch 2018 wird kein Weg an der CGFP vorbeiführen.“

Max Lemmer



51° Conférence des Comités – 11 décembre 2017

Résolution

Les délégués de la Confédération Générale de la Fonction Publique (CGFP), réunis en Conférence des Comités à Luxembourg en date du 11 décembre 2017,

après avoir pris connaissance de la ligne de conduite de la CGFP et de la prise de position du Comité exécutif sur les problèmes d'actualité:

approuvent le programme d'action de la CGFP portant sur la situation politique, économique et sociale, ainsi que sur les réformes en cours;

en matière de réformes:

exigent que les accords en matière statutaire et salariale conclus entre la CGFP et le gouvernement soient appliqués dans tout le secteur public d'une façon conforme à la lettre et à l'esprit des textes et non réinterprétés arbitrairement par le gouvernement;

demandent que les imperfections constatées soient corrigées et que les mesures qui se sont avérées douteuses, voire inutiles soient éliminées dans les meilleurs délais;

demandent d'adapter les conditions d'accès à la Fonction publique de sorte qu'un recrutement efficace et continu d'agents de l'Etat soit garanti;

insistent pour que les laissés-pour-compte des réformes soient reconnus comme des cas de rigueur à traiter non pas aux calendes grecques, mais aussi rapidement que possible;

estiment que la réforme constitutionnelle doit être le résultat d'un consensus général et non pas une pomme de discorde divisant la communauté nationale;

sont d'avis que la connaissance des institutions luxembourgeoises ainsi que de la langue luxembourgeoise sont primordiales non seulement pour l'obtention de la nationalité, mais également pour l'intégration dans la société luxembourgeoise;

considèrent que le luxembourgeois comme langue nationale doit trouver sa juste place au sein du multilinguisme, marque distinctive de notre identité nationale et notre atout majeur au niveau européen et international;

rappellent que le dialogue social authentique ne doit pas être une simple vue de l'esprit mais une réalité incontournable à la base même de la communauté nationale;

estiment qu'en matière fiscale, il convient de rééquilibrer le fardeau financier entre les personnes physiques et les collectivités;

en matière politique:

réaffirment la position d'indépendance politique de la CGFP et sa vocation à défendre les intérêts professionnels, moraux et matériels de ses membres, quelle que soit l'évolution politique du pays;

estiment que le Luxembourg doit résolument défendre ses intérêts nationaux sur la scène internationale, comme le font les autres Etats membres de l'Union européenne;

mettent en garde contre l'amalgame entre la lutte contre le terrorisme et l'afflux des réfugiés politiques qui submergent l'Europe alors que les Etats démocratiques doivent coordonner leurs actions pour répondre fermement à la menace terroriste et se montrer solidaires, dans la mesure des moyens disponibles, avec les victimes des conflits dans le monde;

en matière économique et sociale:

rappellent, concernant la «3^e révolution industrielle» selon Jeremy Rifkin, que la dimension sociale ne doit pas être sacrifiée sur l'autel de la compétitivité;

demandent au gouvernement de redoubler d'efforts en matière de lutte contre le chômage des jeunes, contre la pauvreté et contre l'augmentation des inégalités au Luxembourg;

exhortent le gouvernement à s'ouvrir plus largement à l'écoute des attentes et aspirations de la majorité silencieuse;

se prononcent résolument contre la démagogie populiste de l'extrême droite;

rappellent l'importance des valeurs morales que sont l'honnêteté intellectuelle, le travail bien fait, l'engagement personnel, le respect de l'autre, la loyauté et la solidarité;

insistent sur l'importance de l'ajustement régulier des salaires et des pensions à l'évolution générale des prix à la consommation;

* * *

adressent un appel pressant aux membres de la CGFP à resserrer les rangs et à faire preuve de solidarité et d'unité dans l'action, garantes de son succès et de son rôle sur la scène sociale et nationale;

renouvellent leur confiance dans les instances dirigeantes de la CGFP.

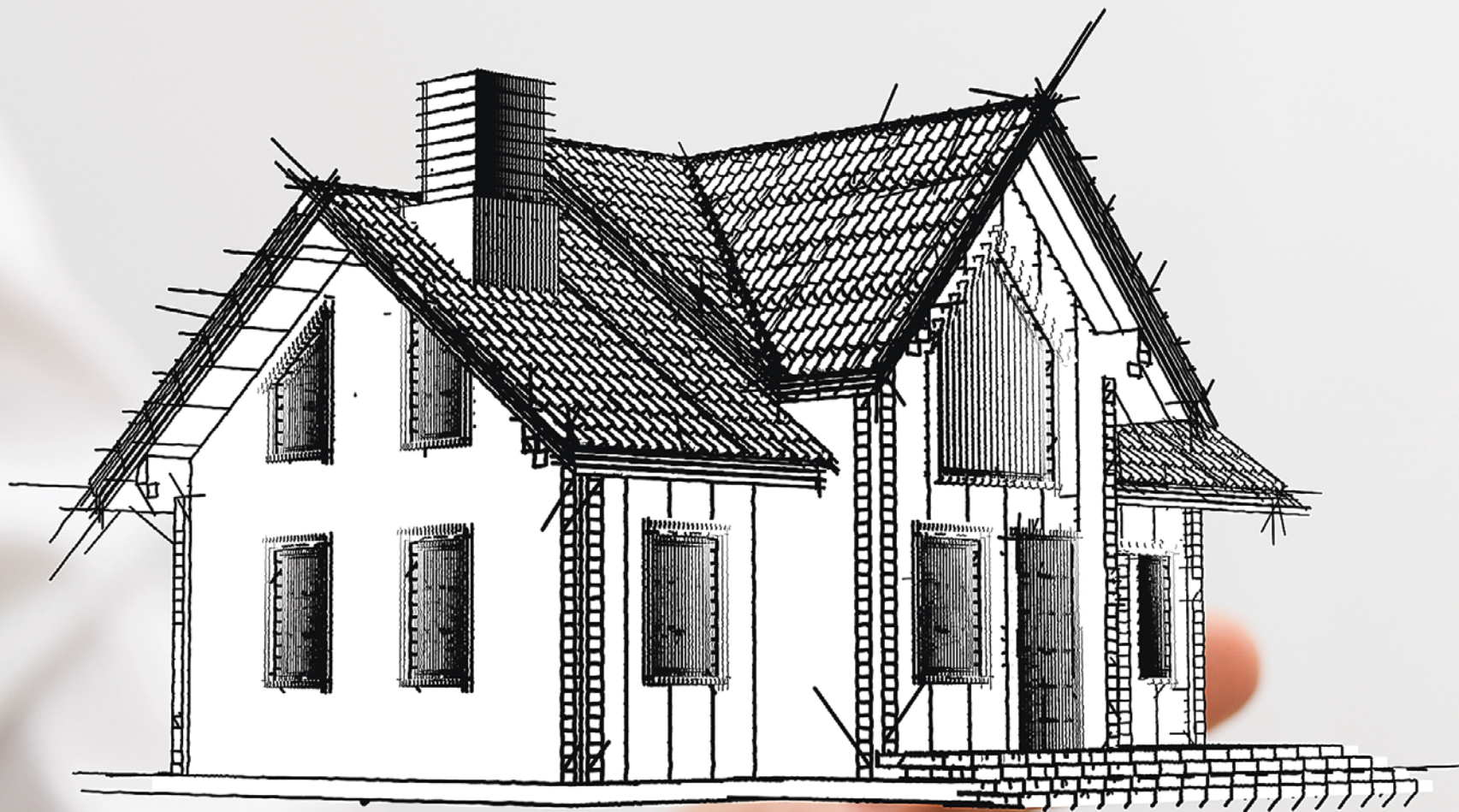
51. CGFP-Vorstandskonferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste





CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-einrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

Wirtschaftsboom, Turbodemografie und Einbürgerungserfolg

Überall in Europa und in praktisch der ganzen Welt wächst die Wirtschaft derzeit, wenngleich meistens nur moderat. In Luxemburg jedoch boomt sie extrem, und dies bereits seit über fünf Jahren. Für 2018 ist bei uns ein PIB-Plus von 4,4% angesagt, gegenüber 2,2% für den gesamten Euroraum.

Wachstum als Sündenbock für Politikversagen

Wir merken es am täglichen Stau, der immer häufiger entsteht und immer länger andauert. Wir merken es an den galoppierenden Wohnraumpreisen, mit einer Steigerung – nach den letzten verfügbaren Zahlen – von plus 6,2% binnen 12 Monaten und rund 50% in 12 Jahren. Und wir merken es an den Verlautbarungen der Politiker, die seit einigen Monaten das Wachstum als eine Realität anerkennen, vor allem um die Verdienste daran für sich selbst zu beanspruchen.

Dabei haben sie aber seit Jahren mit ihren Zukunftspaketen und sonstigen Austeritätsmaßnahmen vor allem als Konjunkturbremsen gewirkt. Das hohe Luxemburger Wachstum, das ja schon seit 2013 bei jährlich 4% liegt, haben sie ignoriert oder gar in Abrede gestellt, weil ihnen ja sonst das einzige Argument für ihren Sparkurs abhandengekommen wäre.

An den erwähnten Missständen ist allerdings das Wirtschaftswachstum an sich keineswegs der Schuldige, wie es uns die Politik glauben lassen will. Vielmehr liegt der Grund für Immobilieninflation und Verkehrsinfarkt eindeutig beim jahrelangen, nein beim jahrzehntelangen Unvermögen, das tatsächliche Ausmaß der ökonomischen und demografischen Expansion zu erkennen und in die staatliche Planung einzubeziehen. Ein Ausmaß der Expansion, das seit vielen Jahren offensichtlich ist, auf das zu reagieren der Staat sich aber beharrlich geweigert hat.

Nur ein Beispiel: Der Fonds du Logement sollte seine Produktion von Wohnungen verdoppeln oder vermehrfachen. Heute aber ist er auf dem Nullpunkt angelangt, und dies eindeutig aus rein politischen Gründen. Das festgestellte starke Wachstum ist heute ein willkommenes Sündenbock für ein enormes Missmanagement, für das niemand geradestehen will.

Wenn, nachdem die Politiker endlich unser reales Wachstum wahrgenommen haben, nun auf einmal eine öffentliche Wachstumsdebatte entsteht, dann dürfen dabei die kausalen Zusammenhänge nicht irreführend dargestellt werden. Wer hier simple Rezeptchen vorschlägt, der bietet keine echten Lösungen. Gewiss sollte die positive Entwicklung deutlich nachhaltiger werden; wer aber darüber hinaus ein generelles Abbremsen unserer Wirtschaft fordert mit Hinweisen auf steigende Grundstückspreise und Engpässe bei den Infrastrukturen (die, wie schon betont, politische Gründe haben), der bringt ipso facto die Nachhaltigkeit unseres Sozialmodells unweigerlich ins Wanken.

Auch wenn die ominöse Rentenmauer vor allem ein politischer „Kropemann“ ist, ein theoretisches Propagandagebilde, so gibt es dennoch keinen Zweifel daran, dass wir ohne ein solides Wachstum unserer Volkswirtschaft sehr schnell in einem sozialen Stillstand enden würden, und dass der sodann einsetzende ökonomische Abstieg des Landes schon bald nicht mehr zu bremsen wäre.

Wer also den Verkehrsinfarkt und die Entwicklung des Immobilienmarktes – auch als „Chefsache“ – nicht in den Griff bekommt oder bekommen hat, der muss das Problem endlich energisch in

Angriff nehmen, statt Luxemburg per Wachstumsbremse vom Regen in die Traufe zu bringen.

Dem (angeblich unvorhersehbaren, tatsächlich aber längst offensichtlichen) Wachstum die Schuld zu geben, ist nicht nur demagogisch, sondern im Endeffekt auch absolut unsocial. Ohne wirtschaftliches Wachstum wird es keinen sozialen Fortschritt geben!

Mehr Einwanderer und mehr Grenzgänger

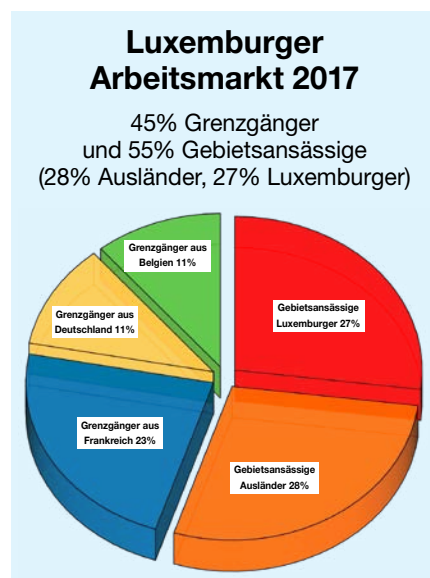
Unser derzeitiges Wachstum zeigt auf ganz breiter Front, mit einigen beachtlichen Ausreißern nach oben. So ist beispielsweise auf dem Flughafen Findel das Passagieraufkommen 2017 um enorme 18% angewachsen und die Fracht (Air Cargo) um 13%, in beiden Fällen für die ersten 11 Monate des Jahres. Auf dem Finanzplatz dagegen ist der Nettoinventarwert aller Investmentfonds binnen Jahresfrist (Ende November 2017) um 13,6% gestiegen, binnen 5 Jahren sogar um 75%.

Dieser allgemeinen ökonomischen Dynamik entspricht eine entsprechende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist binnen 12 Monaten um 5,3% oder 900 Personen gesunken (Stand Ende November) und in 36 Monaten um 13,1% oder 2.400 Personen. Gleichzeitig schwillt die Zahl der tatsächlich belegten Arbeitsplätze ständig an: In den letzten 12 Monaten stieg die Zahl netto um 14.750 Jobs oder 3,5%. (Bei diesen Zahlen und den folgenden sind die Mitarbeiter der europäischen Institutionen selbstverständlich nicht einbegriffen, da ihre Arbeitsplätze sich auf extraterritorialem Boden befinden.)

Ende November 2017 gab es daher 441.364 Jobs in Luxemburg, 206.235 mehr als 20 Jahre zuvor, ein Zuwachs von 88%. 1997 zählte man 66.912 Grenzgänger, heute sind es deren 188.539, was einer Steigerung um 182% oder um 121.627 Beschäftigte entspricht. An die Ortsansässigen gingen somit knapp 85.000 der neugeschaffenen Stellen und insgesamt rund 252.800 Jobs.

Mit diesen zusätzlich beschäftigten Inländern sind natürlich im Wesentlichen neu hinzugekommene Immigranten gemeint. In den letzten 20 Jahren, von Ende 1996 bis Ende 2016, hat die Einwohnerzahl sich um 41,7% erhöht, was die Luxemburger Gesellschaft nachdrücklich verändert hat.

Das Ergebnis der rasanten Umschichtung des Arbeitsmarktes, auf dem die gebietsansässigen Luxemburger nur noch 27% der Jobs ausüben, die hiesigen Ausländer 28% und die Grenzgänger zusammen 45%, wovon 23% auf Frankreich und je 11% auf Deutschland und Belgien entfallen. (Siehe untenstehende Grafik!) Die Grenzgänger und die



zugewanderten Ausländer machen somit zusammen 73% aller Beschäftigten aus. Wobei, wie bereits hervorgehoben, die in Luxemburg wirkenden EU-Beamten nicht berücksichtigt wurden.

Heute stellen die 188.500 Grenzgänger 45% aller Beschäftigten dar, gegenüber 35% im Jahre 2001 und 25% im Jahr 1995. Dies ist eine konstante Entwicklung und lässt für die absehbare Zukunft kein Einknicken des Trends erwarten.

Die Einwohner mit und ohne Pass

Wie schon erwähnt stieg in den letzten 20 Jahren die Einwohnerzahl des Landes um satte 41,7% oder 173.800 Menschen, von 416.900 auf 590.700, und in den letzten 40 Jahren gar um +63,7% oder 229.800 Menschen. Heute sind wir bereits deutlich über 600.000 Einwohner.

Seit Kriegsende gab es zwar jedes Jahr einen natürlichen Bevölkerungszuwachs, das heißt einen Überschuss der Geburten gegenüber den Sterbefällen. Dieser war aber stets minimal und verlief bis in die siebziger Jahre rückläufig, um sich ab 2008 zwischen 2.000 und 2.300 zu stabilisieren. Wobei der Zuwachs natürlich den Ausländern geschuldet ist, weil diese Bevölkerungsgruppe jünger ist und daher weniger Todesfälle aufweist als jene der Luxemburger.

Insgesamt blieb die Zahl der Luxemburger bis zur Jahrtausendwende lediglich stabil, denn zwischen den Volkszählungen von 1961 und 2000, nahm die Zahl nur um ganze 3.200 Personen zu, wodurch der Ausländeranteil von 13% auf 37% anstieg, weil die Zahl der Nicht-Luxemburger um 115.500 Personen zunahm, durch Einwanderung und durch Geburtenüberschuss. Folgende Tabelle liefert interessante Einzelheiten dieser Entwicklung:

Jahr	1961	1981	2000	2017
Luxemburger:	273.400 (87,8%)	270.400 (74,1%)	276.600 (63,3%)	309.200 (52,3%)
Ausländer:	41.500 (13,2%)	94.350 (25,9%)	157.000 (36,6%)	281.500 (47,7%)
Total:	314.900	364.850	433.600	590.700

Stichtag für 1961, 1981 und 2000: Datum der Volkszählung; 2017: Jahresbeginn

32.000 Luxemburger mehr als vor 17 Jahren

Doch seit der Jahrtausendwende wechselt der Ausblick: Wohl beschleunigt sich die Zuwanderung weiter, mit netto 75.000 zusätzlichen Ausländern, aber auch die Zahl der Luxemburger legt nun deutlich zu, von 2000 bis 2010 um 9.100 und von 2010 bis 2017 um 23.500 Personen, also mit einer Tendenz, die sich deutlich beschleunigt. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit dem erleichterten Erwerb der Staatsangehörigkeit durch gebietsansässige Ausländer. 2006 stieg die Anzahl „neuer Luxemburger“ erstmals über 1.000 pro Jahr an, und von 2010 bis 2016 wurden jährlich zwischen 2.500 und 4.200 Nationalitätsanträge positiv entschieden.

Was offensichtlich wirkt, ist die harmonische Assimilierung von immer mehr Einwandererkindern, also der sogenannten „zweiten Generation“. Sie haben ihre Kindheit und ihre Jugendzeit hier verbracht, sie wurden hier erzogen und unterrichtet, und sie sprechen ein akzentfreies Luxemburgisch. Im Gegensatz zu ihren Eltern identifizieren sie sich oft kaum noch, oder nur noch nachrangig mit dem Herkunftsland.

Diese voll integrierten Menschen nutzen die erweiterten Möglichkeiten des

Erwerbs der Staatsangehörigkeit mit unter anderem dem eventuellen Beibehalten einer bestehenden Nationalität. Dank dieser sinnvollen Reform erhöht sich nun die Zahl der Luxemburger, begünstigt durch den klaren Entscheid unseres Volkes im Referendum, dass ein Mitbestimmen in der Nationalpolitik nur über den Erwerb der Staatsangehörigkeit möglich ist, nach der Aneignung unserer Sprache.

Wie erwünscht, beschleunigt sich hier die Integrierung vieler in der Wirtschaft benötigten Einwanderer, die sich nach einem mehrjährigen Aufenthalt im Lande dazu entschließen, langfristig oder dauernd hier zu bleiben und sich deshalb persönlich in unsere Gesellschaft einzugliedern.

Die stark vereinfachte Form des Nationalitätserwerbs, die sogenannte „Option“, wurde nun durch ein Gesetz vom 8. März 2017 wieder zu Gunsten der Jugendlichen, die in Luxemburg geboren und aufgewachsen sind, eingeführt. Infolgedessen, so verkündete es der Justizminister Ende Dezember, sei nun mit 9.000 bis 10.000 neuen Prozeduren pro Jahr zu rechnen.

Wenn dem so ist, und wenn dieser neue Zustand anhalten sollte, verändert dies die Lage nachhaltig. In den letzten Jahren lag nämlich der Gesamtzuwachs der Einwohner jährlich zwischen 10.000 und 15.000 Personen. Unter diesen Umständen bedeutet ein Anwachsen der Anzahl der Luxemburger Staatsbürger in der Größenordnung von 8.000 oder 9.000 Personen im Jahr, dass ab nun die Zahl der Luxemburger (von 8.000-9.000) schneller wächst als jene der Ausländer (maximal 6.000).

Selbst wenn der Minister zu optimistisch gewesen sein sollte, kann man von einer Stabilisierung der Lage ausgehen, in dem Sinne, dass nun jährlich jeweils

etwa genauso viele Luxemburger und Ausländer hinzukommen.

Demokratiedefizite bei den Politikern überwinden

Wohl wurde bei der Vorstellung des Erfolges des neuen Gesetzes die Meinung geäußert, damit sei das Problem des Demokratiedefizits keineswegs gelöst, weil ja der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung weiterhin zunehme, solange die Zahl der Ausländer wachse. Diese Aussage ist natürlich logischer Unsinn und beweist lediglich, dass da jemand im Schulfach „Rechnen“ eine gehörige „Datz“ verdient.

Denn der Ausländeranteil wächst natürlich nur, wenn ihre Zahl schneller wächst als die Zahl der Luxemburger. Was angesichts der vom Minister vorgelegten Prognosen nun anzuzweifeln ist. Aber was hier offensichtlich herauszuhören war, ist der anhaltende Frust über den Ausgang des Referendums in Sachen Wahrecht.

Echte demografische Defizite entstehen und bestehen lediglich dann, wenn unsere Regierenden nicht in der Lage sind, im Kontakt mit dem Volk zu bleiben, und wenn sie nicht bereit sind, einen klugen Volksentscheid voll zu respektieren und definitiv zu akzeptieren.

Paul Zimmer



Eine Frage, die Sie sich stellen sollten:

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

Die Probleme des öffentlichen Dienstes werden nicht durch Einzelgruppierungen gelöst, denen der Sinn für das Ganze, für die Gemeinschaft fehlt, und die den wahren Interessen der Staatsbeamten und -angestellten einen schlechten Dienst erweisen.

Denn was würde eine heillos zerstrittene öffentliche Funktion auf der gewerkschaftlichen Szene gegenüber den großen Verbänden und Blöcken des Privatsektors darstellen, für die die öffentlichen Bediensteten nur Ultrakorporatisten und Privilegierte sind?

Die öffentliche Funktion wäre zur Bedeutungslosigkeit degradiert – ein Schlachtfeld von sich gegenseitig überbietenden Einzelgruppierungen. Sie würde zum Spielball der parteipolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen. Dem staatlichen Arbeitgeber hätte sie nichts entgegenzusetzen.

Die CGFP ist die vereinende Kraft, der gemeinsame Nenner aller Staatsbeamten und -angestellten und ihr gewerkschaftliches Zuhause. Eine Kraft, die den sozialen Besitzstand verteidigt und den Fortschritt gewährleistet.

Ja, was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?



CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Der schlecht organisierte Staatsschatz

Die langfristige wirtschaftliche Zukunft des Landes ist intelligenter zu finanzieren, im Weltraum wie am Boden

Die Entwicklung unserer Staatsfinanzen spielt sich auch im Weltall ab. Nehmen wir etwa die Ankündigung unseres Wirtschaftsministers vom letzten Jahr, das Land wolle sich nun eine nationale Weltraumagentur zulegen.

In der Öffentlichkeit hat die Bezeichnung dieser angedachten Struktur verständlicherweise einige Verwirrung ausgelöst, denn es geht dabei weder, wie der Name es vermuten lässt, um eine nationale, staatliche Verwaltung wie bei der US-amerikanischen NASA, noch um eine spezialisierte Koordinierungsagentur wie bei der multinationalen europäischen ESA, sondern vielmehr um einen branchenspezifischen Finanzierungsfonds, welcher private und staatliche Mittel sammeln und bündeln und in kommerzielle Luxemburger Weltraumvorhaben der jüngsten Generation investieren soll.

Ein Geldhaufen genannt „Weltraumagentur“?

„La ‚NASA luxembourgeoise‘ sera plutôt un outil de financement entre investisseurs et l'Etat“, notierte Thierry Labro ganz treffend am 18. November 2017 im „Luxemburger Wort“. Zu diesem Fragenkomplex und zur gesamten öffentlichen Beteiligungspolitik sollen hier einige Überlegungen angestellt werden, zum Teil basierend auf konkreten Informationen zur „New Space“-Wirtschaft und auf Erfahrungen der jüngeren und der längeren Vergangenheit.

Dass der Wirtschaftsminister mit seiner Weltrauminitiative in den damit angesprochenen Kreisen auf ein großes und ernsthaftes Interesse gestoßen ist, in Übersee wie in Europa, das steht inzwischen eindeutig außer Frage. Erfreulicherweise fand im Sommer auch das auf eine langfristige Wirkung ausgerichtete Weltraumgesetz im Parlament eine sehr breite Zustimmung, was verdeutlicht, dass neben Gambia auch die wichtigste Oppositionspartei die ehrgeizige Strategie prinzipiell mitträgt. Angesichts möglicher politischer Verschiebungen nach den nächsten Parlamentswahlen muss hervorgehoben werden, dass dies ein sehr wichtiger Umstand ist für die Unternehmen, welche bereits in Luxemburg ansässig sind, sich derzeit hier niederlassen, oder erwägen dies zu tun.

Mutige Zukunftsvision

Als Luxemburger wissen wir sehr wohl, dass diesbezüglich eine negative Haltung der CSV praktisch undenkbar war, nicht zuletzt, weil diese Partei historisch an der Wiege der ersten Luxemburger Weltall-Ambitionen stand. Es geht hier auch um Bestandsabsicherung, denn seit längerem bereits trägt der Bereich Weltraum mehr zu unserem Bruttosozialprodukt bei als etwa die Landwirtschaft, auch wenn diese Tatsache dem breiten Publikum kaum bekannt ist.

Genauso wäre es aber auch seitens der Regierung sträflich gewesen, auf diesem zukunftssträchtigen Sektor keine neuen Initiativen zu ergreifen, angesichts des enormen Aufschwungs, den die kommerzielle Beschaffung und Auswertung von Satellitendaten in den letzten Jahren genommen hat.

Für diesen globalen Megatrend ist die Vorhersage symptomatisch, der künftige Billiard der Welt verdienen sein Vermögen im Weltall. Und den Luxemburger Wachstumsskeptikern, die zu Recht mehr Selektivität bei unserer

ökonomischen Diversifizierung einfordern, kann man versichern, dass es sich hier um einen echten Hightech-Bereich handelt mit extrem hohem Mehrwert und mit kapital-, nicht mit personalintensiven Tätigkeiten.

Starker „Global Player“

Ein entscheidendes Argument für die externe Glaubwürdigkeit des resoluten Vorpreschens von Luxemburg auf dem „New Space“-Gebiet ist eindeutig die langjährige führende Rolle unseres Standortes in der globalen Satellitentelekkommunikation. Auf diesem Gebiet ist unser Land eindeutig nicht eine Fliege, die sich zum Elefanten aufplustert: Im weltweiten Video- und Datenverkehr über geostationäre Satelliten sind wir



Am 11. Januar startete der Mikrosatellit ARKYD-6 (Format: 10 cm x 20 cm x 30 cm) ins Weltall. Die Sonde, die unter anderem feststellen soll, auf welchen erdnahen Asteroiden sich aus der Distanz Wasservorkommen nachweisen lassen, gehört dem US-Unternehmen Planetary Resources, an dem die Luxemburger SNCI eine maßgebliche Beteiligung genommen hat.

seit langem die Nummer eins, mit einem globalen Marktanteil, der mehr als das Doppelte der zusammenaddierten Anteile der Amerikaner, Russen und Franzosen ausmacht.

Und inzwischen beherrscht die SES ja auch den Datenverkehr mit MEO-Satelliten, also Trabanten auf mittlerer Erdumlaufbahn, und sie treibt zielstrebig diverse technologische Umbrüche an, bei wiederverwendeten Raketen, Satelliten ohne Brennstoff und auftankbaren Satelliten oder bei der leistungsfähigeren HTP-Übertragungstechnik. Hier wird somit nicht vergessen, mutig in die Zukunft zu investieren, doch kann sich die SES nicht in alle Richtungen verzetteln, weswegen die Luxemburger Weltall-Diversifizierung im „New Space“-Bereich vor allem von anderen, kleineren und jüngeren Unternehmen getragen werden muss.

Immerhin hat sich in Luxemburg in den letzten 12 Jahren, nach dem ESA-Beitritt im Jahr 2005, bereits eine beachtliche Weltraumindustrie gebildet, angeführt von LuxSpace in Betzdorf, einem anerkannten Hersteller von Kleinsatelliten und Satellitenkomponenten und -systemen. Und sogar der SES-Hauptkonkurrent Intelsat hat seine Hauptfirma und seine Finanzstrukturen nach Luxemburg verlegt, während allerdings seine Raumfahrttechnik in der Nähe von Washington verbleibt und seine Vermarktung in London ansässig ist.

Neuer Aufbruch

„Old Space“, die ursprüngliche Erberung und Nutzung des Weltraums, vom Sputnik über die Mondlandung und die Beobachtung des tiefen Weltalls bis hin zum ISS-Raumlabor, war und bleibt geprägt von staatlich finanzierten Anstrengungen, zuerst im Rahmen eines Prestige-Wettlaufs der Großmächte in Zeiten des Kalten Krieges, dann im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit, auch unter Mitwirkung der Europäer und ihrer ESA.

Die nun seit einigen Jahren in Fahrt kommende „New Space“-Entwicklung wird dagegen getragen von gewinnorientierten und risikobereiten, privaten Unternehmern und Investoren, mit einer breiten Vielfalt von Akteuren, Marktnischen und Vorgehensweisen.

Dabei werden einerseits kapitalkräftige Großprojekte zum Teil von prominenten Überzeugungstätern mit ultratiefen Taschen propagiert, wie Elon Musk, Jeff Bezos, Larry Page, Bill Gates, Richard Branson oder Mark Zuckerberg. Und gleichzeitig werden viele Hunderte oder gar Tausende Weltraum-Start-ups gefördert durch branchenspezifische „Business Angels“ wie durch Investoren der traditionellen Finanzwelt, also den Akteuren der Bereiche Risikofonds, Venture Capital, Private Equity usw.

Brillianten Ideen

Die technische Dynamik dieser jungen Branche beruht auf massiven Kostensenkungen bei den Raketen wie bei der Satellitenherstellung, auf techno-

Tagung im Konferenzzentrum Kirchberg mit 400 ausländischen Teilnehmern, Frau Candace Johnson vom European Business Angels Network, die 1983 in Luxemburg beim Astra-Start entscheidend mitwirkte.

Die derzeitigen mannigfaltigen Umwälzungen im Weltraumbereich sind voller Technologieumbrüche und daher mit unzähligen und zum Teil hohen technischen Unwägbarkeiten behaftet. Zudem sind viele der derzeitigen Initiativen „disruptiver“ Natur und daher finanziell sehr riskant, nicht nur für die bestehenden Unternehmen, sondern vor allem auch für die Initiatoren selbst und alle potenziellen Investoren, welche sie überzeugen müssen. Da ist ein europäisches Land, welches bereit ist neue rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und sogar Geld in die Hand zu nehmen und somit Risiken zu teilen, natürlich willkommen bei Pionieren aller Kontinente.

Nationale Zukunftsstrategien

Nicht zuletzt die Generaldirektorin des erfolgreichen Weltraumgiganten SpaceX hob auf Kirchberg die Wichtigkeit von öffentlich-privaten Partnerschaften hervor, also vom Zusammenwirken staatlicher Förderung und Begleitung mit unternehmerischer Dynamik. In Europa übersieht man allzu oft die Tatsache, dass die heutige amerikanische Führungsrolle in den Bereichen Weltraum, ICT oder Internet in erster Linie auf staatliche Fördermaßnahmen (vor allem über Forschungssubventionen und Militärausgaben) beruht und erst in zweiter Instanz auf der Initiative von schlauen und draufgängerischen Start-up-Initiatoren, die zudem oft ausländischer Herkunft sind.

Dass Luxemburg aus dieser amerikanischen Erfolgsstrategie die richtigen Schlussfolgerungen zieht und wirksame Anreize schafft, ist eindeutig zu begrüßen. Dabei mag es auf den ersten Blick auch attraktiv erscheinen, eine Luxembourg Space Agency ins Rampenlicht zu schieben, doch wenn es sich nicht um eine staatliche und öffentlich-rechtliche Struktur handelt, sondern um ein reines Finanzierungsinstrument, das zum Teil von privater Hand getragen ist, dann ist ihr Name doch eindeutig irreführend, also irgendwie schon etwas schräg.

Luxembourg for Investment

Dabei soll hier keineswegs in Frage gestellt werden, dass es sinnvoll und nützlich ist, neben öffentlichen Mitteln auch Privatkapital zu mobilisieren für die Investitionen in die Zukunft des Landes. Denn gerade das Fehlen einer sinnvollen Bündelung von Luxemburger Vermögen der inländischen Investitionszwecken ist zweifellos eine Schwäche der Finanzstrukturen unseres Landes.

Wir wissen, dass manche Luxemburger Bürger immer wieder bedauern, keine Chance zu erhalten, irgendwie in unsere (starke und strukturell gesunde) nationale Wirtschaft zu investieren. Diesbezüglich wurden zwar gelegentlich Initiativen ergriffen, von denen sich in der Folge aber erwies, dass sie eher kurz- und mittelfristigen Finanzspekulationen dienten als dauerhaften und langfristigen Investitionen.

Strukturen zu schaffen für Langzeitbeteiligungen, die auch für das breite Publikum offenstehen, das dürfte allerdings schwierig bleiben, weil diese stets eine gewisse Liquidität voraussetzen, die kaum sicherzustellen ist, wenn der Staat dafür keine Verantwortung und nicht ein gewisses Risiko übernimmt. Somit geht es bei dem hier angesprochenen Zusammenbringen von priva-

Fortsetzung siehe Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

tem mit staatlichem Kapital für sinnvolle Zukunftsinvestitionen vorerst nur um das Heranziehen von institutionellen Investoren und anderen interessierten Akteuren mit entsprechend hohen Mitteln.

Zu kurz gedacht

Doch muss man sich dabei zwangsläufig die Frage stellen, weswegen diese Anstrengung sich auf unsere Weltraumpläne beschränken sollte. Investitionsrisiken federt man bekanntlich am besten ab durch eine möglichst breite Streuung auf viele Projekte und vor allem auch auf unterschiedliche Sektoren. Somit kann bei der Schaffung eines gemischt privat-öffentlichen Investitionsfonds eine Konzentration auf das alleinige Weltall keineswegs als optimal gelten, zumal das Land ja derzeit noch andere interessante Diversifizierungspisten verfolgt, die auch wohl früher oder später hohe Geldmittel mobilisieren müssen.

Und siehe: Es gibt sogar bereits einen solchen gemischten Fonds namens „Digital Tech Fund“, der seit seiner Schaffung im Mai 2016 über ein gezeichnetes Kapital von 15,3 Millionen Euro verfügt, an dem neben dem Staat mit 23,56% und der SNCI mit 14,14% auch beispielsweise SES, Proximus, Arendt & Medernach, BIL, Post Capital sowie die Universität Luxemburg beteiligt sind. Zu seinen Zielmärkten zählen dabei ausdrücklich auch die „Satellite based information and communication technologies“.

Und es gibt sogar noch eine weitere gemischt finanzierte Struktur, die Darlehen gewährt, aber auch Beteiligungen nimmt, die 1998 geschaffene Gesellschaft CD-PME, die zu 50% der SNCI gehört und für den Rest zu gleichen Teilen den traditionellen Banken BCEE, BIL, BGL, Raiffeisen und ING. Doch weil dieser Geldgeber sich nur an kleinere Unternehmen wendet und sein Kapital weniger als 5 Millionen Euro ausmacht, ist er im gegenwärtigen Zusammenhang nicht relevant.

Jedem Ministerium seine Finanztöpfe?

Dennoch drängt sich die Frage auf, ob man sich nicht anschickt, wie im rein staatlich getragenen Bereich, eine Mehrzahl an parallelen, ähnlich ausgerichteten und strukturierten Instrumenten einzurichten mit hohen unnützen Kosten. Im hier angesprochenen Fall vielleicht nur, um die attraktive Vokabel „Weltraumagentur“ verwenden zu können? Es sollte doch nicht darum gehen, ständig neue Einzelideen medienwirksam vorzutragen und durchzuziehen, ohne dass es zu einer umfassenden breiten Diskussion kommt, also dem besonnenen Entwickeln einer zusammenhängenden und solide durchdachten Gesamtphilosophie.

Was beim Zusammenbringen von öffentlichen und privaten Geldern zu vermeiden ist, findet man derzeit bereits bei den rein staatlichen Beteiligungen: viele (Finanz-)Töpfe, weil es auch viele Köche gibt. Vielleicht zu viele, denn es ist nicht offensichtlich, dass hier immer sinnvoll geplant und rationell gehandelt wird.

Im Weltraumbereich, für den man die neue Finanzierungsagentur nun ankündigt, gibt es bereits viele Kanäle. Die 22-prozentige öffentliche Beteiligung an der SES ist aufgeteilt auf den Staat selbst, die SNCI und die Sparkasse; die Beteiligung an der Firma Planetary Resources hält die SNCI; der Anteil am Unternehmen Spire Global liegt beim Luxembourg Future Fund SIF, der zu 80% der SNCI und zu 20% dem European Investment Fund von der EIB-Gruppe gehört, während der militärische Satellitenbesitzer LuxGovSat jeweils zur Hälfte im Besitz der SES und des Staates unter der Federführung des Verteidigungsministeriums ist. Kaum bekannt ist, dass die Luxemburger Post weiterhin eine 1,1-prozentige Beteiligung am SES-Konkurrenten Eutelsat besitzt, die derzeit einen Börsenwert von fast 50 Millionen Euro darstellt.



Am 30. Januar soll der 800 Kilo schwere Militärsatellit GovSat-1 in Florida starten, um sich an seinen geostationären Standort auf 21,5 Grad Ost über dem Äquator zu begeben. Er gehört der Firma LuxGovSat, welche zu je 50% dem Luxemburger Staat und dem Satellitenbetreiber SES gehört.

Gebündelte Strategie

Es mag durchaus gute Gründe geben, in manchen Fällen differenziert vorzugehen, also etwa die Welt der Start-ups indirekt über Investitionen per Venture Capital Fonds zu ergründen, aber auch dann bleibt die Frage zu beantworten, welche Dienststelle oder öffentliche Institution die Finanzierung koordiniert und über welchen Weg die Ausführung geschieht. Doch Gründe für eine generelle Dezentralisierung und deren Ausgestaltung wurden bisher nicht aufgezeigt, erläutert oder öffentlich diskutiert.

Vor allem aber gelten alle diese Überlegungen auch über die staatliche Weltraumstrategie hinaus für die gesamte Diversifizierungspolitik, so dass wir unsere Argumentation ausweiten müssen. Da gibt es hier einen Digital Tech Fund, dort einen BioTechCube, dann einen Future Fund und womöglich bald eine Weltraumagentur, also viele lobenswerte Einzelinitiativen ohne ein rationelles, zentrales Gesamtkonzept.

Mut lohnt sich

Bevor wir aber generell das staatliche, finanzielle Eingreifen bei der Ansiedlung neuer und bei der Förderung bestehender Unternehmen ansprechen, muss erstens kurz daran erinnert werden, dass staatlicher Mut zu finanziellen Risiken manchmal der Schlüssel zum Erfolg ist, wie die Regierungspolitik von 1985 in Sachen ASTRA-SES es verdeutlichte, und zweitens, dass es aus staatlicher Sicht für die Finanzierung interessanter Projekte zwei unterschiedliche Haltungen und Herangehensweisen gibt und auch geben muss.

Die öffentliche Hand kann wie jeder Privatinvestor beschließen, sich an förderungswürdigen Unternehmen zu beteiligen, weil sich betriebswirtschaftlich eine direkte Rentabilität erwarten lässt, also indem man einer rein lukrativen Logik folgt, wenn die zu erwartende Rendite das erkennbare Risiko rechtfertigt. Darüber hinaus kann die Regierung, vor allem wenn eine derartige positive Bewertung nicht eindeutig gegeben ist, eine volkswirtschaftliche und nationalstaatliche Gesamtrechnung aufstellen, in welcher auch indirekte Auswirkungen berücksichtigt werden, wie zu erwartende Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, Aufträge und andere Vorteile für die bestehende Wirtschaft sowie ein erleichterter Ausbau des Wirtschaftsstandortes.

Komplexe Abwägungen

So können aus staatlicher Sicht Engagements im nationalen Interesse auch Sinn ergeben, ohne dass ein offensichtlicher „Return on Investment“ betrieblich gesichert ist für die entsprechende Beteiligung. Weil man in solchen Fällen aber privaten Ko-Investoren ein Mitwirken oft kaum zumuten kann, sollten auch rein staatliche Mittel bereitstehen, neben den hier angesprochenen, gemischt privat-öffentlichen Geldern. Und zwar nicht nur als Fördermittel (wie

nicht zurückzahlende Subventionen) und als Kredite, welche dem Staat keine Eigentumsrechte erbringen.

Seit vielen Jahren verläuft das staatliche Handeln in diesem Bereich über mannigfaltige Schienen, vor allem indem der Staat selbst investiert und indem er die 1977 gegründete Société Nationale de Crédit et d'Investissement (SNCI) einschaltet. Diese wurde bei ihrem Start mit einer Banklizenz ausgestattet, so dass sie von der CSSF überwacht und den diversen Regeln des Finanzsektors unterworfen ist. Das war historisch gesehen damals eine kluge und sinnvolle Entscheidung.

Veraltete Strukturen

Als Folge der jüngsten Banken- und Finanzkrise aber werden die Banken zunehmend mit diversen Ratios nachdrücklich entmutigt, Beteiligungen im Nicht-Finanzbereich zu halten, während bei der SNCI jedoch gerade diese Tätigkeit immer wichtiger wird. Politisch wurde diese Problematik bisher nicht öffentlich thematisiert, obschon die SNCI hier zunehmend unter einem ernsthaften Handikap leidet, weil sie absoluten Obergrenzen unterliegt, bei den Einzelinvestitionen, den sektoriellen Belastungen und dem Gesamttotal.

Die letzten von ihr veröffentlichten Jahreskonten zum 31. Dezember 2016 wiesen eine Bilanzsumme von über 1,4 Milliarden Euro aus, mit einem Eigenmittelanteil von 98% auf der Passivseite und, bei den Aktiva, einem beachtlichen 60-prozentigen Anteil an Termin- und Bareinlagen bei der Zentralbank und anderen Kreditinstituten. Das sind 850 Millionen Euro, während nur noch 68 Millionen Euro oder 5,2% aller verfügbaren Mittel als Kredite an Unternehmen vergeben werden.

Der Bestand an Darlehen ist nämlich seit Jahren im freien Fall, lag er doch 2012 bei 13,2% der Bilanzsumme und 2008 noch bei 25,6% oder 250 Millionen. Wobei unbedingt hervorzuheben ist, dass die SNCI mittel- und langfristige Kredite zu festen Zinssätzen von 1,5%, 2% und 2,5% anbietet, und dass sie den bestehenden Unternehmen wie den Firmengründern immer wieder neue „Produkte“ anbietet, die sich den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen, für Innovationsinitiativen, Betriebsübernahmen, Forschungszwecke usw. Seit 2006 beispielsweise stehen 4 Millionen Euro bereit für Spin-Offs der Universität und der öffentlichen Forschungsinstitute, ohne dass bisher ein einziger Cent davon für ein Darlehen beantragt worden wäre.

Investment Power

Dagegen wies die SNCI Ende 2016 Beteiligungen unterschiedlicher Art aus mit einem Buchwert von fast 500 Millionen Euro gegenüber 360 Millionen im Jahre 2014, was binnen 2 Jahren eine Steigerung um 39% darstellt. Zunehmend greift die Regierung also bei erforderlichen Finanzierungen, in

den letzten Jahren vor allem bei den Kapitalerhöhungen von ArcelorMittal, Cargolux, SES und Encevo (ehemalige Cegecel) sowie den jüngsten Engagements im Bereich „New Space“, auf die SNCI zurück.

Dennoch liegen, wie bereits betont, im Finanztopf SNCI weiterhin Geldmittel von 850 Millionen Euro auf Bankkonten brach, nicht mitgerechnet jene Mittel in unbestimmter Höhe, welche sich das Institut jederzeit am Markt beschaffen könnte, denn Banken sind von ihrem Konzept her bekanntlich nicht dazu bestimmt, lediglich ihre Eigenmittel auszuleihen.

Eine neue Idee

Und doch können weder der nach Tripartite-Schema zusammengesetzte Verwaltungsrat noch die Regierung diese Munition unbeschränkt zum Einsatz bringen, wie es gegebenenfalls wünschenswert wäre, weil das Institut als Bank an strikte Begrenzungen gebunden ist, vorgegeben durch internationale Regeln zum Schutz der Sparer und sonstigen Einleger. Dabei schuldet die SNCI jedoch keinem Dritten einen Euro: Sie ist offensichtlich aus dem Kleid herausgewachsen, das man ihr vor 40 Jahren gestrickt hat.

Dieses Thema ist seit langem bekannt: Die SNCI-Beteiligungen wären besser in einer fondsähnlichen Struktur aufgehoben, gegebenenfalls in einem der CSSF-Aufsicht unterworfenen Spezialfonds (FIS, Fonds d'Investissement Spécial). Dafür müssten keine neuen aufwendigen Strukturen geschaffen werden, da die bestehenden SNCI-Organen, die auch weiterhin Kredite vergeben würden, ohne weiteres die Verwaltung sicherstellen könnten.

In einem solchen Fonds könnten verhältnismäßig die disparaten Finanztöpfe für staatliche Interventionen kostenwirksam zusammengeführt werden, mit einer administrativen Vereinfachung und deutlichen Einsparungen. Denn alle Beteiligungsinstrumente haben unweigerlich ihre Entscheidungs- und Ausführungsorgane und ihre Überwachungsstrukturen, mit entsprechend hohen Kosten für interne und externe Aufsicht und für Veröffentlichungen und Reporting an übergeordnete Verwaltungen und Überwachungsbehörden, usw.

„Staatlicher Beteiligungsfonds“

Das Konzentrieren der staatlichen Beteiligungen in einem einzigen starken Fonds wird deshalb seit über einem Jahrzehnt regelmäßig von der Staatsbeamtenkammer, unter dem Impuls der CGFP, in ihren jährlichen Budgetgutachten befürwortet (Zitat aus dem Jahre 2011: „La création d'un Fonds National de Participation et d'Investissement par le regroupement des principales participations actuelles de l'Etat dans de grandes entreprises publiques et privées.“), ohne dass sich eine einzige parlamentarische Seele dieses Vorhabens angenommen hätte oder es auch nur ernsthaft diskutiert hätte.

Mit einer gemeinsamen Finanzverwaltung aller wesentlichen Beteiligungen des Staates will dieser Vorschlag keineswegs die jeweilige Zuständigkeit oder die eventuelle Aufsicht der einzelnen Fachminister abschaffen oder einschränken. Sie will vielmehr finanztechnisch ein mächtiges Portfolio zusammenstellen, indem der Besitz aller großen öffentlichen Dienstleister zusammengelegt wird mit den Aktienpaketen von börsennotierten Privatunternehmen wie allen übrigen nennenswerten staatlichen Firmeninvestitionen.

Auszuschließen sind lediglich die institutionellen Beteiligungen, die dem Luxemburger Staat als Subjekt des internationalen Rechts gehören, wie unsere Anteile am IWF und am ESM, an der Weltbank, der EIB und anderen regionalen Entwicklungsbanken sowie an der Luxemburger Zentralbank. Somit verbleiben unzählige

Beteiligungen, vom Besitz der reinen Staatsbetriebe bis zu den Anteilen an börsennotierten Firmen.

Schlagkräftigere Souveränität

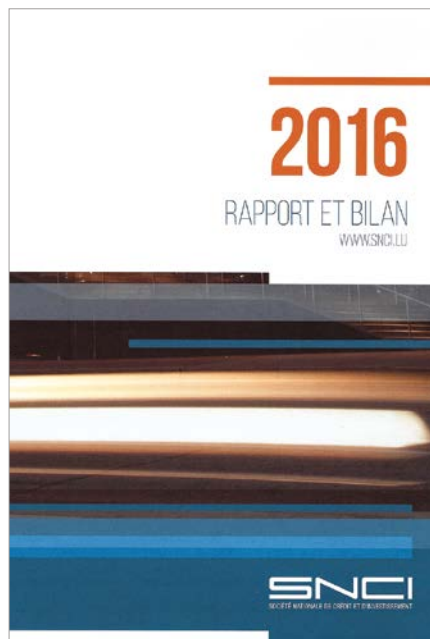
Die großen öffentlichen Dienstleister („services publics“), wie Post und Sparkasse, sind ehemalige Verwaltungen, die in Betriebe umgewandelt wurden und dem Staat daher historisch zu 100% gehören, weil sie, anders als ihre „Kollegen“ im Ausland, nicht privatisiert, teilprivatisiert und an der Börse eingeführt wurden. Andere Dienstleistungen, wie die Eisenbahn, die Energieverteilung und das Flugwesen, wurden ursprünglich wegen der damaligen Finanzschwäche des Staates überwiegend privatfinanziert, sind aber heute mehrheitlich in öffentlicher Hand.

Und besonders im Kontext des europäischen Wettbewerbs und der Eingriffe der EU-Kommission in die öffentlichen Dienstleistungen und nationalen Strukturmaßnahmen erweist sich dieses beharrliche Vorgehen zunehmend, aus wirtschaftlicher wie auch aus politisch-gesellschaftlicher Sicht als ein empfindlicher Standortvorteil Luxemburgs. So dass die diversen punktuellen Privatisierungsforderungen, die bis vor zehn Jahren regelmäßig mit Vehemenz von ultraliberaler Seite geführt wurden, nun offensichtlich kein Thema mehr sind.

Wirtschaftsmotor Staat

In Luxemburg haben die öffentlichen Betriebe ihre Positionen eher erfolgreich abgesichert gegenüber der europäisch verfügbaren Marktöffnungen und der wachsenden privaten Konkurrenz. Dabei sind sie einen expansiven Kurs gefahren, durch eine Anpassung und eine Ausweitung ihrer Dienste und Produkte, aber auch durch externes Wachstum, bei den einen etwa in den Versicherungs- und den ICT-Bereich hinein, bei den anderen durch eine grenzüberschreitende Expansion.

Andere bedeutende Beteiligungen des Staates erwachsen aus plötzlicher Not, für ArcelorMittal anlässlich der Arbed-Rettung vor 40 Jahren, und dann vor weniger als 10 Jahren in der Bankenkrise für BIL, BGL und die Pariser BNP-Paribas. Diese Bank-Engagements müssen nicht unbedingt alle von ewiger Dauer sein, aber immerhin wurden unlängst erneut erhebliche Mittel in die Kapitalaufstockung des Stahlgiganten eingezahlt. Auch hat die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren regelmäßig neue Gelder aufgebracht, um ihren hohen Anteil am Kapital des Satellitenunternehmens SES zu erhalten.



Die staatliche Société Nationale de Crédit et d'Investissement hält zahlreiche strategische Beteiligungen, unter anderem an SES, Arcelor-Mittal, Paul Wurth, WSA, Sisto Armaturen, Eurobéton, Cargolux, Encevo (Ex-Cegedel), Technoport, Luxtrust, Luxcontrol, Luxembourg Future Fund, BioTechCube, Digital Tech Fund und Planetary Resources.

Professionalität

Beim CGFP-Vorschlag für einen großen Beteiligungsfonds des Staates gilt als ein Hauptargument, neben einer administrativen Vereinfachung durch eine einheitlichere, transparentere, effizientere und kostengünstigere Verwaltung, vor allem die Tatsache, dass ein solch mächtiger Fonds mit einer Bilanzsumme von vielen Milliarden Euro sich jederzeit, wenn die politischen Verantwortlichen des Staates dies als sinnvoll und erforderlich ansehen, schnell und zinsgünstig Geldmittel bei den Banken und am Kapitalmarkt beschaffen könnte.

Es könnten auch sehr hohe Mittel aufgebracht werden, ohne dass sich deswegen die Staatsschuld im eigentlichen budgetären Sinne erhöhen würde. Weil nämlich die aufgenommenen Mittel ja integral investiert würden, käme es nur zu einem Bruttoanstieg und zu keinem realen Nettoanstieg der Verschuldung.

Keine theoretische Staatsverschuldung mehr

Bewirkte nicht vor einem Jahrzehnt die Rettung von Dexia und Fortis eine plötzliche Explosion der Staatsschuld, weil die erforderliche Anstrengung von 2,4 Milliarden Euro die staatliche Verschuldung von 1,2% des Bruttoinlandsproduktes auf 8,2% fast versiebenfachte? Dies erzeugte in den

Folgejahren eine unangemessene und unsachliche Verschuldungsdebatte, weil nun alle Besserwisser und parlamentarischen Hinterbänkler sich entrüstet in Szene setzen konnten, obschon unsere Staatschuld weiterhin sogar brutto eine der niedrigsten in Europa und in der Welt blieb.

Heute wissen wir, nach mehreren Spar- und Zukunftspaketen, um die verheerenden Konsequenzen, welche das dabei bewirkte Abbremsen der staatlichen Investitionen für die Infrastrukturen des Landes gezeitigt hat. Man wurde sich deren gravierenden Unzulänglichkeit aber erst in jüngster Zeit bewusst, im breiten Publikum wie bei den politischen Verantwortlichen.

Parteien inzwischen überzeugt

Mit der Forderung der Staatsbeamtenkammer nach einem Staatsfonds für die Beteiligungen an und für den Besitz von Unternehmen hat die CGFP vor den Parlamentswahlen von 2013 alle Parteien mit ihren „Wahlprüfsteinen“ konfrontiert. Abgesehen von einer Ausnahme befürworteten alle Parteien diesen Vorschlag prinzipiell, zum Teil mit unterschiedlichen Akzenten und Modalitäten. Lediglich die Partei des damaligen Finanzministers lehnte sie klar ab, mir einer eher konfuse Argumentation.

Die drei Gambia-Parteien aber stimmten der Idee nicht nur zu, sondern schrieben sie auch im Regierungsprogramm mit den Worten fest: „Le Gouvernement centralisera les participations de l'Etat au sein d'une structure commune afin d'augmenter l'impact et le levier du portefeuille des participations étatiques, d'en professionnaliser davantage la gestion et de garantir une gouvernance transparente.“

Wichtige Vorarbeiten

Daraufhin hat die SNCI, im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern, die Universität Luxemburg mit einer eingehenden Studie beauftragt, in welcher ergründet wurde, wie zentral oder dezentral andere Industriestaaten ihre öffentlichen Beteiligungen verwalten, und welche Erfahrungen dabei gemacht wurden. Da hier offensichtlich wurde, dass die derzeitige Handhabung der Problemlage in Luxemburg nicht optimal ist, wurde sogleich eine weitere Studie bei einer Big Four-Prüfungsgesellschaft bestellt, die mehrere Szenarien für die erforderliche Anpassung aufzeichnete, wobei die meisten Argumente auf die bereits angesprochene Fondslösung hindeuteten.

Und dann kam es zum politischen Finale mit einer durchaus verwirrenden

Überraschung. Einerseits ging der Wirtschaftsminister in die Öffentlichkeit, um zu verkünden, jetzt werde alles anders und nun würden endlich Nägel mit Köpfen gemacht, und gleichzeitig entschied der Ministerrat allerdings sinngemäß, es sei jetzt dringend in dieser Angelegenheit nichts zu unternehmen. Außer Spesen nichts gewesen!

Sinnlose Mutlosigkeit

Diesen bedauerlichen Ausgang der Story mag nun sehr verwundern, weil er unverständlich ist. Ist jedoch das beharrliche Schweigen der politischen Opposition zu alledem nicht genau so beschämend? Geht es denn hier nicht um eine Angelegenheit, die von einiger Bedeutung für die Zukunft dieses Landes ist?

In dem Ausmaß, wo die europäische Konkurrenzpolitik samt resoluter Steuerharmonisierung und aggressiver Regulierung unsere Wirtschaftspolitik der Souveränitätsnischen bedrängt, hängt die ökonomische und soziale Zukunft des Landes zunehmend an Kompetenz-, Struktur- und Infrastrukturunterschieden, und damit nicht zuletzt an klugen und sehr hohen öffentlichen Investitionen, in strategischen (Investitions-) Bereichen wie in dynamischen (Unternehmens-) Initiativen.

Aber eine so komplexe Diskussion über schwierige, ökonomische, organisatorische und juristische Zusammenhänge, wie die optimale Verwaltung der Staatsbeteiligungen, eignet sich wohl wenig für mediale Publikumserfolge in unserer Infotainment-Demokratie. Und angesichts der hier offengelegten generellen Organisationsschwächen ist eine Luxemburger Weltraumagentur, die durchaus keine Agentur sein will, sondern nur ein weiterer von vielen Finanzierungsfonds, vielleicht doch noch das kleinere Übel. Sie war für mich ein bloßer Vorwand, die Politik auf ihre Sorglosigkeit hinzuweisen

Videant consules ne quid detrimenti res publica capiat!

Paul Zimmer

Der Autor, über Jahrzehnte hinweg Wirtschafts- und Finanzberater von CGFP und CGFP-Services, war ab 1983 Weltraumberater der Staatsminister Pierre Werner und Jacques Santer und bis Ende 1993 Regierungskommissar bei der Société Européenne des Satellites. Von 1983 bis 1995 gehörte er dem Verwaltungsrat der Staatssparkasse an und seit 2005 jenem der SNCI, einer direkten oder indirekten Aktionärin der im Artikel erwähnten Firmen SES, Planetary Resources und Spire Global.

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion



Är Fönstertabrik
zu Lëtzebuerg
zauter 60 Joer

METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA

SECURITY RC2



SËCHER WUNNEN.

SHOWROOM:
MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR



SHOWROOM VON 600 m²

SCHÜCO Partner | **JOSKO** FENSTER & TÜREN | **R** REINER | **MADE IN LUXEMBOURG**

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU



snaidero

CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN** Store

204, Route d'Arlon
L-8010 Strassen
Tél. (+352) 26 11 98 50
www.kitchenstoreluxembourg.com

Des cuisines d'exposition à vendre à -50% = l'occasion d'acheter une cuisine de grande marque au prix d'une cuisine ordinaire.





- eine Erfolgsgeschichte

- parteipolitisch unabhängig
- ideologisch neutral
- repräsentativ
- dynamisch
- erfolgreich
- 30 000 Mitglieder

Ihre Berufsvertretung

Der Allgemeine Staatsbeamtenverband



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2018

Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35% oder sogar 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungs-

plan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Wollen Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen oder sind Sie noch unentschlossen, so bietet sich der BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro. Mit der Umsetzung der Steuerreform werden weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung erwartet. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Oberste Priorität: Preiswertes Bauen für Familien



Um Baukosten zu reduzieren, drehen Architekten und Bauplaner an vielen Stellschrauben. Ein hoher Vorfertigungsgrad, eine ökonomische Bauweise und clevere Einbauten stehen dabei klar im Fokus der Profis. In Anbetracht der hohen Grundstückspreise hat günstiges Bauen für die Luxemburger oberste Priorität. Die Baubranche arbeitet daher an neuen Systemen, die dabei helfen, die Baukosten nachhaltig zu reduzieren. Eine Frage des Materials: Vielfach wird Holz für preiswertes und innovatives Bauen verwendet. Mittels neuer Bausysteme und Technologien ist dieser natürliche Baustoff für ökonomisch wie ökologisch nachhaltiges Bauen bestens geeignet. Darüber hinaus kann auch der Vorfertigungsgrad eines Neubaus zu einer erheblichen Kostensenkung beitragen. Denn ein hoher Vorfertigungsgrad erfordert nur wenige Spezialkräfte zum Aufstellen. Das reduziert nicht nur die Zahl der Gewerke auf der Baustelle, sondern auch die

Bauzeit. „Baufamilien können die Baukosten erheblich reduzieren, wenn sie konsequent alle Bereiche nach Sparmöglichkeiten durchforschen“, sagt Angelika Sosnowski von der BHW Bausparkasse.

Kompakt bauen

Dabei gelten einfache Prinzipien. So lässt sich eine kompakte Bauform mit wenigen Extras wie Erkern oder Gauben am wirtschaftlichsten verwirklichen – und danach auch am energiesparendsten betreiben. „Eine gute Dämmung der gesamten Haushülle und eine effiziente Haustechnik sind dabei besonders wichtig“, betont Sosnowski. Wer sparen möchte, sollte sich auch überlegen, ob für einen Keller wirklich Bedarf besteht. Auch Eigenleistungen helfen, die Kosten zu reduzieren – sofern man seine handwerklichen Fertigkeiten realistisch einschätzt.

Neues Design bei Heizkörpern



Ihre wohltuende Wirkung ist überall spürbar: In Fußböden oder Wänden versteckte Flächenheizungen sorgen für eine gleichmäßige Wärmeverteilung. Das freut besonders Allergiker.

Flächenheizungen gelten als besonders verträglich – auch für das Haushaltsbudget. Weil der menschliche Körper die Strahlungswärme sofort wahrnimmt, kann die Temperatur um

zwei bis drei Grad niedriger eingestellt werden als bei herkömmlichen Heizkörpern. Zudem kommt die Flächenheizung mit niedrigeren Vorlauftemperaturen aus. „Im Vergleich zu Heizkörpern können Hausbesitzer bis zu zwölf Prozent Energie einsparen, so Bernd Neuborn von der BHW Bausparkasse. Flächenheizungen lassen sich ideal mit erneuerbaren Energien wie Wärmepumpen oder Solarthermie kombinieren.“ Sie ermöglichen eine optimale Raumausnutzung ganz ohne Heizkörper. Vor allem in Neubauten gelten Bodenheizungen daher als Standard. Doch auch die Nachrüstung ist im Rahmen von Modernisierungen möglich. Die fertigen Heizungselemente mit integrierten Heizschlangen werden im Boden oder an der Wand montiert und dann verputzt. Dazu bieten sich Dünnschicht- oder Trockensysteme mit geringer Aufbauhöhe an. Die Modernisierung für mehr Energieeffizienz wird mit attraktiven Zuschüssen gefördert.

Brandaktuell – neue Kaminöfen



Draußen fröstelt's, drinnen knistert's: Verkleidet mit Naturstein, Stahl oder Glas rücken die Kaminöfen als effiziente Wärmesponder ins Zentrum von Wohnräumen.

Sie schaffen mehr als nur romantische Atmosphäre. Die neuen Kaminöfenmodelle

sind mit moderner Verbrennungstechnik ausgestattet, die eine optimale Energieeffizienz bei geringen Emissionen gewährleistet. Die Auswahl ist groß. Hightech vom Feinsten bieten etwa Pelletkaminöfen mit vollautomatischer Brennstoffzufuhr. Über eine elektronische Regelung lassen sich Raumtemperatur und Heizzeit programmieren und per Smartphone steuern. Mit einer an den Heizkreislauf angeschlossenen Wassertasche, die das Trink- und Heizungswasser erwärmt, machen sie in gut gedämmten Häusern sogar die Zentralheizung überflüssig. „Immer beliebter werden flexible Systeme, die verschiedene Heizquellen kombinieren und kostenlose Umweltwärme mit einbeziehen“, erläutert Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. So bilden Kaminöfen eine gute Ergänzung zu Fußboden- oder Wandheizungen.

Avez-vous changé d'adresse?



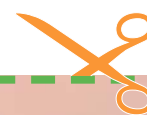
Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP

488, route de Longwy

L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/Changement-adresse.html



Ancienne adresse

Nom:

Prénom:

No et rue:

Code postal:

Localité:

email:

Nouvelle adresse

.....

.....

.....

.....

.....

Ungewisse Zukunft für das Polizeimuseum

Setzt sich das Museumssterben in Luxemburg fort? Nach dem Post- und dem Feuerwehrmuseum droht nun leider auch dem Polizeimuseum das Aus. Mangelndes Interesse seitens der Politik könnte dazu führen, dass die Geschichte der Polizei für immer in Vergessenheit gerät. Im Gespräch mit „fonction publique“ erläutern die Verantwortlichen der A.s.b.l. „Musée de la Police Grand-Ducale“ den aktuellen Stand der Dinge.

Es ist in erster Linie der Hartnäckigkeit einer Handvoll Ehrenamtlicher zu verdanken, dass das Polizeimuseum im Jahr 2010 auf dem Gelände der ehemaligen Gendarmerie-Kaserne auf Verlorenkost (Baujahr 1954) in Luxemburg-Stadt seine Türen öffnete. Mit viel Engagement und Leidenschaft gelang es den Gründern mehr als 5.000 interessante, teils antike Gegenstände der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Rechnet man die Räumlichkeiten des Fuhrparks sowie die Lager- und Kellerräume hinzu, beträgt die Gesamtausstellungsfläche beachtliche 2.500 Quadratmeter.

Die große Anzahl von Uniformen, Abzeichen, Dienstwaffen, Funkgeräten, Dokumenten und Fotos geben den Besuchern einen Einblick in die 200-jährige Geschichte des polizeilichen Alltags. Unter den Exponaten befinden sich sogar anatomische Präparate, Material für illegale Abtreibungen sowie der letzte Hinrichtungspfahl samt Erschießungsgewehr.

Auch die zwölf historischen Einsatzfahrzeuge – unter ihnen ein 4,5 Tonnen schwerer, gepanzerter Cadillac – sowie ein Dutzend Motorräder machen einen Rundgang zum einzigartigen Erlebnis für alle Generationen. Mehr noch. Das Museum fungiert zugleich als Erinnerungsstätte: Am Ende der Führung stößt der Besucher auf einen Raum, der jenen Polizisten und Gendarmen gewidmet ist, die bei einem Dienstesatz ums Leben gekommen sind.

Seit jeher wird das Polizeimuseum ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden der Besucher finanziert. „Der Staat und die Gemeinde Luxemburg haben bislang keinen Euro beigesteuert“, unterstreicht Schatzmeister Charles Manderscheid. Die Vereinigung erhalte lediglich von der Polizeiverwaltung materielle Unterstützung, z.B. für Briefumschläge oder die Instandsetzung der Fahrzeuge. Trotz bescheidener Mittel blieb der Erfolg nicht aus: Jedes Jahr besuchten mehr als 800 Personen das Polizeimuseum, Tendenz steigend.



Der Betönpilz der ehemaligen Gendarmerie-Tankstelle gilt als einzigartig für die Großregion.

Ein herber Rückschlag

Auf die Erfolgsstory folgte jedoch im Mai vergangenen Jahres das böse Erwachen: Die zuständige Stelle legte den Betreibern plötzlich nahe, ab sofort keine Besucher mehr zu empfangen, da das Gebäude ihrer Ansicht nach zu baufällig sei. Die Spenden der Besucher, die durch dieses fatale Verdikt mit einem Schlag ausbleiben, stellen für das Organisatoren-Team einen herben Rückschlag dar: „In unserem Budget klafft nun ein finanzielles Loch von jährlich 2.000 €“, betont Vizepräsident Camille Diener. Dadurch sei es schier unmöglich, die Arbeit fortzusetzen.

Erst später habe das Nachhaltigkeitsministerium infolge einer zusätzlichen Luxcontrol-Studie einräumen müssen, dass die erste Einschätzung der Bauteilverwaltung wohl falsch war. Die Einrichtung sei, mal abgesehen von der Decke einer Garage, keineswegs so baufällig wie besagt, so Diener. Doch die Freude über das neue Gutachten währte nicht lange, weil darin auch mangelnde Brandschutzvorkehrungen und fehlende Notausgänge beanstandet wurden.

„Uns wurde schließlich gesagt, dass die Kosten für eine Anpassung an heutige Normen ins Unermessliche steigen würden. Eine konkrete Summe wurde uns jedoch nie genannt“, erinnert sich Manderscheid. Ihm zufolge sei eine Nachrüstung ohne allzu großen Aufwand machbar. Überschaubar seien auch die globalen Sanierungskosten, so Manderscheid. In einem Teil des Gebäudes ist die Heizung defekt. Die Reparaturkosten würden lediglich 7.000 € betragen.

Der harte Kern der Vereinigung will sich nicht damit abfinden, dass die privaten Gelder und die unzähligen Stunden, die sie in das Projekt gesteckt haben, umsonst waren. Seit Monaten drängen sie auf eine tragfähige Lösung, die die Existenz des Polizeimuseums dauerhaft absichert. Doch sämtliche Bemühungen schlugen bislang fehl. Auch die Polizeidirektion sei nicht er-

freut über die derzeitige Situation, so Manderscheid.

Bizarre Begründung

Die genannten Gründe für die Schließung des Museums halten die Betreiber für sehr fragwürdig. Sie hegen mittlerweile den Verdacht, dass der Standort bewusst vernachlässigt wird, um so gezielt einen Abriss zu provozieren. In der Tat verliefen all ihre Bemühungen, die Ex-Gendarmerie-Kaserne schützen zu lassen, ins Leere, dies obwohl der Ausschuss der Denkmalschutzbehörde (Cosimo) die Architektur des Gebäudes als schützenswert eingestuft hat. Einzigartig für die Großregion ist beispielsweise der Betonpilz der ehemaligen Gendarmerie-Tankstelle im Innenhof. Auch die Wandmalereien, die von einem behinderten Angestellten in einem der Treppenhäuser angefertigt wurden, gelten als erhaltenswert.

Kulturminister Xavier Bettel weigerte sich dennoch, ein Klassifizierungsverfahren einzuleiten, mit der bizarren Begründung, er wolle ein künftiges Bauprojekt nicht gefährden. „Ist es nicht eigentlich die Aufgabe eines Kulturministers sich um den Erhalt der Kultur zu sorgen, anstatt einem mächtigen Bauträger in die Karten zu spielen?“, fragt sich Vizepräsident Diener.

Bereits vor geraumer Zeit hieß es, dass das Areal auf Verlorenkost einem Projekt für Sozialwohnungen weichen könnte. Doch angesichts der einzigartigen Lage mitten in der Stadt liege der Verdacht nahe, dass hier nun eher Luxus- als Sozialwohnungen geplant seien, meint Charles Manderscheid. Neulich soll das Architektenbüro der Stadt Luxemburg im Rahmen einer Versammlung zum neuen Bebauungsplan die Anrainer über ein größeres Immobilienprojekt auf dem Gelände des Polizeimuseums informiert haben. Bislang habe bei der Vereinigung niemand etwas Konkretes über diese Pläne in Erfahrung bringen können, fährt Charles Manderscheid fort.

Alternative Standorte

Die Museumsfreunde fühlen sich von der Politik hin- und hergeschoben. Inzwischen haben sich die Ministerien für Inneres, innere Sicherheit, Nachhaltigkeit, Kultur und Finanzen bereits mit dem leidigen Dossier befasst. Komischerweise habe es jedoch, bis auf Staatssekretär Guy Arendt, noch kein politischer Entscheidungsträger für nötig empfunden, sich vor Ort ein Bild der Lage zu verschaffen.

Die zuständigen Behörden riefen die Vereinigung dazu auf, selbst alternative Standorte vorzuschlagen. Die drei Vorschläge, die anschließend eingereicht wurden, sind allesamt nicht zurückbehalten worden. Mittlerweile soll sogar das Finanzministerium mit der Suche nach einem alternativen Standort beauftragt worden sein.

Die Regierung hat in diesem Zusammenhang auch wieder das ursprünglich in Pétingen geplante Museum der öffentlichen Dienstleistungen wieder aus der Schublade gezogen. Derzeit wird nach Partnern gesucht, die bereit sind, sich an diesem Gemeinschaftsprojekt zu beteiligen. Die Initiatoren des Polizeimuseums stehen dem Vorhaben eher skeptisch gegenüber. Zum einen würden die vorgeschlagenen 300 Quadratmeter Ausstellungsfläche, die der Polizei zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht ausreichen, um das ganze Material zu lagern. Zum anderen würde dieses Konzept sehr hohe laufende Kosten nach sich ziehen.

„Uns läuft die Zeit davon“

„Der jetzige Standort wäre die billigste Lösung“, schlussfolgert Viviane Eschenauer, die ebenfalls der Vereinigung angehört. Der Umzug in ein anderes Gebäude wäre teuer und aufwendig. Außerdem müsste das künftige Gebäude den neuen Gegebenheiten angepasst werden. All dies kostete unnötig viel Geld.

Unermüdlich zählen die Ehrenamtlichen die Vorteile auf, die der aktuelle Standort bietet. Im Herzen der Stadt sei das Polizeimuseum auf einem touristischen Rundgang angesiedelt und gut mit Zug und Bus erreichbar. Das Grundstück, das über einen Zugang mit den Kasematten verfüge, gehöre dem Staat und befinde sich in unmittelbarer Nähe der Polizeidirektion.

Nach dem derzeitigen Stand der Dinge scheint jedoch eine baldige Lösung nicht in Sicht zu sein. Bei den Befürwortern des Polizeimuseums breiten sich zunehmend Frust, Enttäuschung, aber auch Verzweiflung aus. Die Vereinigung müsse davor bewahrt werden, völlig auseinanderzubrechen, warnt Vizepräsident Diener: „Uns läuft die Zeit davon: Falls wir bis Mai nicht irgendeine feste Zusage erhalten, laufen wir die Gefahr, für immer in Vergessenheit zu geraten.“

Max Lemmer



Seit acht Monaten darf das Polizeimuseum keine Besucher mehr empfangen. Die Museumsfreunde Charles Manderscheid, Camille Diener und Viviane Eschenauer (v.l.n.r.) hegen den Verdacht, dass ein Abriss des Gebäudes provoziert wird, um dort ein Immobilienprojekt zu verwirklichen.



BEAUCOUP VOUS PROPOSENT
DES CUISINES, CHEZ EFFETI
NOUS VOUS FERONS CELA :

Effeti
CUCINE UNICHE

100% Wood



Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu



GREISCH (SEPTFONTAINES) **AB**
711.352 € TVA 3% incluse

KEISPELT **AB**
778.172 € TVA 3% incluse

GILSDORF (DIEKIRCH) **AB**
620.049 € TVA 3% incluse

ELL (REDANGE/ATTERT) **AB**
569.646 € TVA 3% incluse

STEINFORT **AB**
853.037 € TVA 3% incluse

BOLLENDORF (ECHTERNACH) **AB**
583.525 € TVA 3% incluse

CONSTRUCTEUR DE BONHEUR DEPUIS 1980
* planification individuelle
* un conseil personnalisé
* une qualité irréprochable
* des délais respectés

NOS LOTISSEMENTS
* BERG (BETZDORF)
* HOLZEM
* STEINFORT
* ELL
* KEISPELT
* KAYL

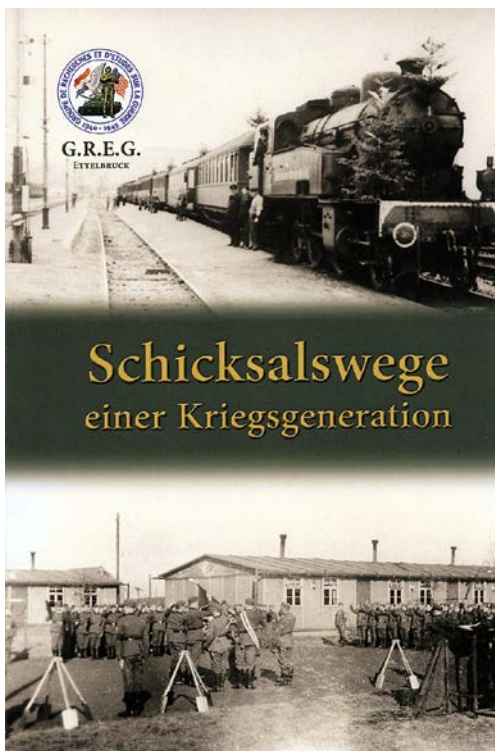
HOLZEM (MAMER) **AB**
988.422 € TVA 3% incluse

RIPPWEILER (SAEUL) **AB**
771.660 € TVA 3% incluse

DUDELANGE **AB**
1.011.008 € TVA 3% incluse

BERG (BETZDORF) **AB**
853.586 € TVA 3% incluse

Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site :
www.wiesen-piront.lu



Schicksalswege einer Kriegsgeneration

Schicksalswege einer Kriegsgeneration

An dësem Buch gëtt op 560 Säiten de Leidenswee vu 25 Meedercher a Jongen erzielt, déi am Zweete Weltkrich vun den Nazien an den Aarbechtdéngscht, an de Krichshëllefdschéngscht oder an d'Wehrmacht gezwonge goufen an do zum Deel Schlëmme erlieft hunn.

De Band schléisst of mat enger Serie vu bis elo onveröffentlechte Fotoen, déi en Zwangsrekrutéierten a Russland verwickelt huet.

D'Buch kann ee kafen:

- am Musée Patton zu Ettelbréck, 5, rue Dr. Klein, sonnes vun 13 bis 17 Auer zum Präis vu 25€

Intressente kënnen d'Buch och bestellen duerch d'Iwwerweise vun 30 € op de CCPL vum GREG Ettelbréck LU84 1111 0968 9892 0000

Da kritt een d'Buch heemgeschéckt.

CESI Youth Congress: Erfolgreiche Premiere!



Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) vereint 42 Gewerkschaftsverbände, die die Interessen von mehr als fünf Millionen Arbeitnehmern in Europa vertreten. Im Jahr 2013 wurde diese Dachorganisation durch den Jugendverband CESI Youth erweitert. Vom 29. November bis zum 1. Dezember fand zum ersten Mal der CESI Youth Congress in Rom statt. Das Motto der dreitägigen Veranstaltung lautete „Youth – the future of Europe.“

Nachdem die Delegierten der 18 anwesenden Mitgliedsorganisationen aus 13 Ländern begrüßt worden waren, zog der Vorsitzende der CESI-Youth eine Bilanz über die Arbeit, die der europäische Jugendverband seit seiner Gründung in den vergangenen vier Jahren geleistet hat. Nach einer kurzen Ansprache des CESI-Präsidenten Romain Wolff, wurde ein neues CESI Youth-Gremium für die kommenden Jahre gewählt.

Matthäus Fandrejewski wurde als CESI-Youth Representative bestätigt. In der Person von Aurélie Huberty (2. Reihe, Dritte von rechts) gehört nun auch eine CGFP-Vertreterin dem achtköpfigen Board an.

Auf dem Kongress wurde zudem darüber diskutiert, wie junge Menschen dazu ermutigt werden können, sich gegen antieuropäische Tendenzen und Radikalisierung aufzulehnen. Die Delegierten stellten in den diversen Arbeitsgruppen viele Gemeinsamkeiten fest. Insbesondere bei der Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass viele Herausforderungen auf die europäische Gewerkschaftsjugend warten. Neben gesellschaftlichen Themen (Generationengerechtigkeit, Integration...) standen bei dem Meinungsaustausch auch gewerkschaftliche Inhalte (Nachwuchsprobleme im Gewerkschaftsmilieu, Arbeitsbedingungen, gerechte Vergütung...) im Vordergrund.

ml



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:

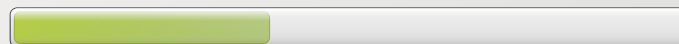
www.cgfp.lu



renovatioun.lu

är Renovatioun ass eis Passioun

Renovation clé en main



www.renovatioun.lu

Tél.: 288 308 - 1

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

AWIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu



19A, rue de Haller

L-6312 Beaufort

Tél : 83 64 85-1

Fax : 86 90 87

e-mail : wietor@internet.lu



CGFP



**pour une fonction publique
indépendante, unie et solidaire**

MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN
PRIVATE BANKERS

Vos projets ont de l'avenir

Charlotte, future présidente d'association

Louis, futur artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences, par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu

BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change | bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014

Ihre Treppe leicht hinauf und leicht hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu

thyssenkrupp

L'union fait la force!

CGFP

Werden Sie noch heute Mitglied

Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse Médico-Complémentaire Mutualiste“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweechelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

**Und so einfach geht's:
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:**

CGFP
Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg

CGFP

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE **CGFP**

Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



LUX VOYAGES



Nordgriechenland

mit der zauberhaften Halbinsel Chalkidiki



Studiosus



Entdecken Sie auf dieser Studienreise das mächtige Massiv des Götterbergs Olymp, sowie quirlige, mediterrane Hafenorte und entspannte Städte mit orientalischem Flair. Lassen Sie sich begeistern von den weltentrückten Meteora-Klöstern, die zwischen Himmel und Erde schweben, sowie von den vielen Spuren Alexanders des Großen, der vom damaligen Makedonien auszog, um die zu seiner Zeit bekannte Welt zu erobern. Sie erleben auf dieser Reise nicht weniger als fünf UNESCO-Weltkulturerbestätten, ergänzt um vier Tage auf der Halbinsel Chalkidiki, die sich mit ihren drei Fingern wie Poseidons Dreizack ins Meer schiebt. Während einer Bootsfahrt gleiten Sie am grünen Felsen der Mönchsrepublik Athos vorbei. In geheimnisvollen Klöstern leben orthodoxe Mönche schon seit mehr als 1000 Jahren nach ihren eigenen Gesetzen. Und immer bleibt Ihnen Freizeit für eigene Entdeckungen und auch die Zeit zum Genießen kommt nicht zu kurz, sei es bei einem Fischessen in einer Taverne am Strand mit Blick auf die Ägäis oder beim Verkosten der edlen Chalkidiki-Weine, die nach Sonne und Süden schmecken.



Reisepreis ab 1.845€ / Person im DZ, inklusive

- Bahnreise (1. Klasse) von Luxemburg nach München / Düsseldorf und zurück
- Linienflüge (Eco) mit Eurowings von München / Düsseldorf nach Thessaloniki und zurück
- Transfers, Ausflüge und Rundreise im bequemen klimatisierten Reisebus
- 9 Übernachtungen, Hotels mit Klimaanlage und Swimmingpool (DZ mit Bad oder Dusche und WC)
- Frühstücksbuffet, 2 Mittagessen und ein Abendessen in landestypischen Tavernen, 7 Abendessen im Hotel
- Bootsausflüge zur Insel Nissos und am Berg Athos
- Eine Weinprobe
- Eintrittsgelder laut Programm
- Speziell qualifizierte, ortsansässige Studiosus-Reiseleitung
- Infopaket und Reiseliteratur
- Klimaneutrale Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO2-Ausgleich

Termine 2018: 03.05. / 10.05. / 14.06. / 20.09. / 27.09.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Griechenland-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à.r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause



fonction
publique

SPÉCIAL AUTO

Die mobile Welt von morgen



Seit der Einführung des ABS im Jahr 1978 werden laufend neue Fahrerassistenzsysteme entwickelt, die den Straßenverkehr zunehmend automatisieren. Systeme wie der Spurhalteassistent, der Tempomat und der Abstandsregelassistent ACC oder das elektronische Stabilitätsprogramm ESP entlasten den Fahrer und machen den Straßenverkehr sicherer und komfortabler.

Nach und nach können immer mehr Fahraufgaben von automatisierten Systemen übernommen werden. Fahrerassistenzsysteme tragen dazu bei, dass die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr seit Jahren sinkt, gänzlich vermieden können diese jedoch noch nicht werden.

Um im Falle eines Unfalls eine schnelle Versorgung zu gewährleisten, wurde das elektronische Notrufsystem „eCall“ entwickelt, das ab 2018 in allen Neuwagen Pflicht ist. Es registriert Unfälle und setzt automatisch einen Notruf ab.

Wie wichtig die Entlastung durch automatisierte Systeme ist, zeigt ein Blick auf die Straßen und die zunehmende Entwicklung von Staus. Abnehmen wird die Fahrzeugdichte in Zukunft nicht.

Beim Güterverkehr auf den Straßen Europas wird eine Zunahme von bis zu 80 Prozent gegenüber dem heutigen Stand vorausgesagt. Global wird sich der Pkw-Bestand bis 2030 nahezu verdoppeln.

Entlastung durch Vernetzung

Fahrerassistenzsysteme bilden nur einen Teil der Lösung für eine bessere Verkehrslage. Ebenso wichtig sind vernetzte Systeme. Sie sorgen dafür, dass Fahrzeuge nicht nur intelligent agieren und den Fahrer unterstützen, sondern auch von der Kommunikation mit anderen Verkehrsteilnehmern und der Infrastruktur profitieren.

Die zunehmende Vernetzung von Fahrzeugen untereinander und mit der Umgebung macht den Straßenverkehr effizienter und komfortabler: Fahrzeuge, die mit Ampeln kommunizieren, können Grünphasen besser nutzen. Untereinander vernetzte Fahrzeuge können ohne Verzögerung auf eine Gefahrenbremsung reagieren.

Intelligente Verkehrsmanagementsysteme können die Daten der Fahrzeuge in Echtzeit auswerten und den Fahrern bei Staus alternative Routen vorschlagen oder sie zu freien Parkplätzen leiten.

Rund ein Fünftel aller Staus und ein Drittel des durch Parkplatzsuche verursachten Verkehrs könnten durch vernetztes Fahren vermieden werden. Die Technik dafür steht bereits in den Startlöchern. In vielen Pilotprojekten werden verschiedene Arten der Vernetzung erprobt. Sowohl der Güterverkehr als auch der Personenverkehr werden von der vernetzten Mobilität entscheidend profitieren.



ŠKODA
SIMPLY CLEVER

DÉCOUVREZ NOTRE SÉRIE SPÉCIALE CLEVER



OCTAVIA CLEVER à partir de 19.345 €
OCTAVIA COMBI CLEVER à partir de 20.270 €

Avantage maximal **6.953 €**
Extension de garantie à **4 ANS OFFERTE**

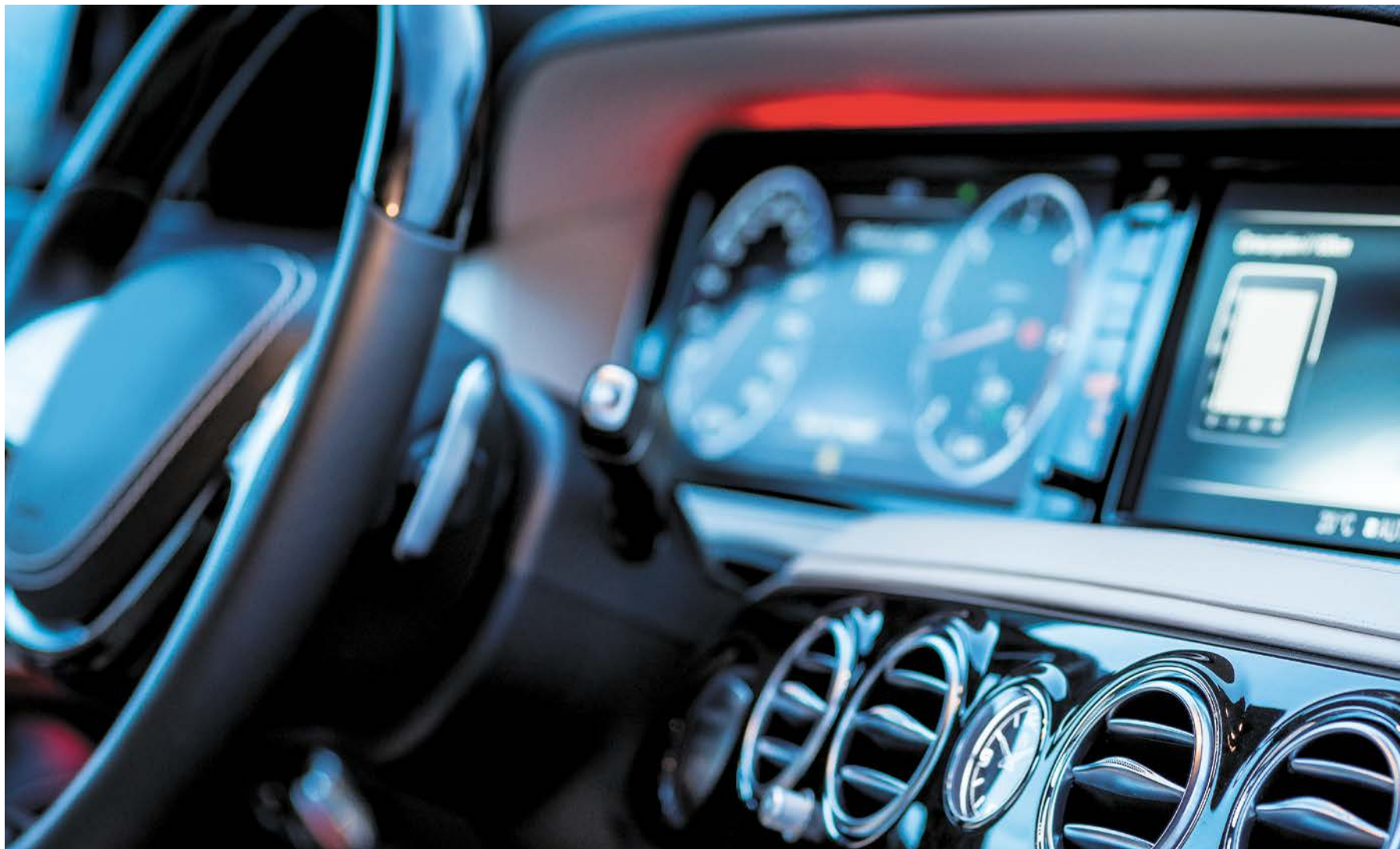
LE ŠKODA OCTAVIA ET ŠKODA OCTAVIA COMBI CLEVER.

Confort classique et technologies contemporaines. Il existe de nombreuses raisons pour prendre place derrière le volant d'une OCTAVIA.

Entre autre, la série spéciale Clever vous propose les équipements suivants : infotainment & navigation Amundsen, jantes en alliage léger « Turini » jantes 18", climatisation automatique Climatronic, système acoustique d'aide au stationnement à l'avant et à l'arrière, rétroviseur intérieur avec fonction anti-éblouissement automatique, accoudoir central avant avec Jumbo Box, régulateur de vitesse, extension de garantie à 4 ans offerte et bien d'autres équipements encore.

Vous trouvez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur www.skoda.lu





Die Digitalisierung schafft täglich neue Möglichkeiten für die mobile Welt von morgen, dabei stehen Vernetzung und Automatisierung im Vordergrund. Wenn vermehrt Fahrfunktionen durch automatisierte Systeme übernommen wer-

den und die Vernetzung zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur zu einer optimierten Verkehrsleitung führt, liegt der Schluss nahe, dass Fahrzeuge in Zukunft vollkommen ohne Fahrer auskommen können.

Das sogenannte autonome Fahren wird derzeit stark diskutiert und von verschiedenen Herstellern getestet.

Bis diese Systeme zur serientauglichen Marktreife kommen, wird es jedoch noch einige Jahre dauern.

Bis dahin sind es die automatisierten Assistenten und die vernetzten Systeme, die den Fahrer unterstützen, Staus reduzieren und den Straßenverkehr sicherer machen.

(VDA)

Fahrzeug schützen – Daten teilen – Mehrwert schaffen

Täglich sind in Europa Millionen von Fahrzeugen unterwegs, in denen fortwährend Daten generiert werden. In modernen Fahrzeugen befinden sich teilweise über einhundert Steuergeräte, die Daten generieren.

Dabei kann es sich um Protokolldaten der verschiedenen Fahrzeugkomponenten oder um Messdaten wie Geschwindigkeit, Umgebungstemperatur oder Helligkeit handeln.

Die Digitalisierung eröffnet ständig neue Möglichkeiten, die im Fahrzeug generierten Daten für öffentliche Dienste und die Wirtschaft nutzbar zu machen, um die Mobilität weiter zu verbessern, neue Geschäftsmodelle und verbraucherfreundliche Dienste zu entwickeln.

Die Nutzung von im Fahrzeug generierten Daten bietet viele bisher ungenutzte Potenziale. Unfallvermeidung, Energieeffizienzsteigerung oder die Reduzierung von

CO₂-Ausstößen sind nur einige Ziele für deren Umsetzung die Daten eingesetzt werden können.

Datenaustausch schafft das Fundament für die Verbindung von Verkehrsträgern und bietet das beste Potenzial für eine nahtlose Intermodalität.

Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Fahrzeugsicherheit als Kernbestandteil der Verkehrssicherheit und Grundlage sicherer Mobilität.

Die Fahrzeuge müssen vor Hacking und unbefugten Zugriffen bestmöglich geschützt werden.

Mit „NEVADA-Share & Secure“ hat die deutsche Automobilindustrie ein Konzept für ein innovatives Ökosystem entwickelt, das es ermöglicht, im Fahrzeug generierte Daten diskriminierungsfrei nutzbar zu machen, ohne dass der Fernzugriff auf Fahrzeuge erweitert wird.

Schnittstellen in modernen Fahrzeugen

Moderne Fahrzeuge verfügen über verschiedene Schnittstellen, die

unterschiedlichen Einsatzzwecken dienen. Dabei sind nicht alle Schnittstellen für die Nutzung durch den Fahrer vorgesehen. Das Konzept „NEVADA-Share & Secure“

Préservez l'aspect neuf de votre voiture avec notre gamme de produits d'entretien et de nettoyage voiture

Fachmaart

**Robert
Steinhäuser**

leudelange & ingeldorf

t.: +352 / 37 16 16 1 t.: +352 / 37 16 16 500

www.steinhauser.lu

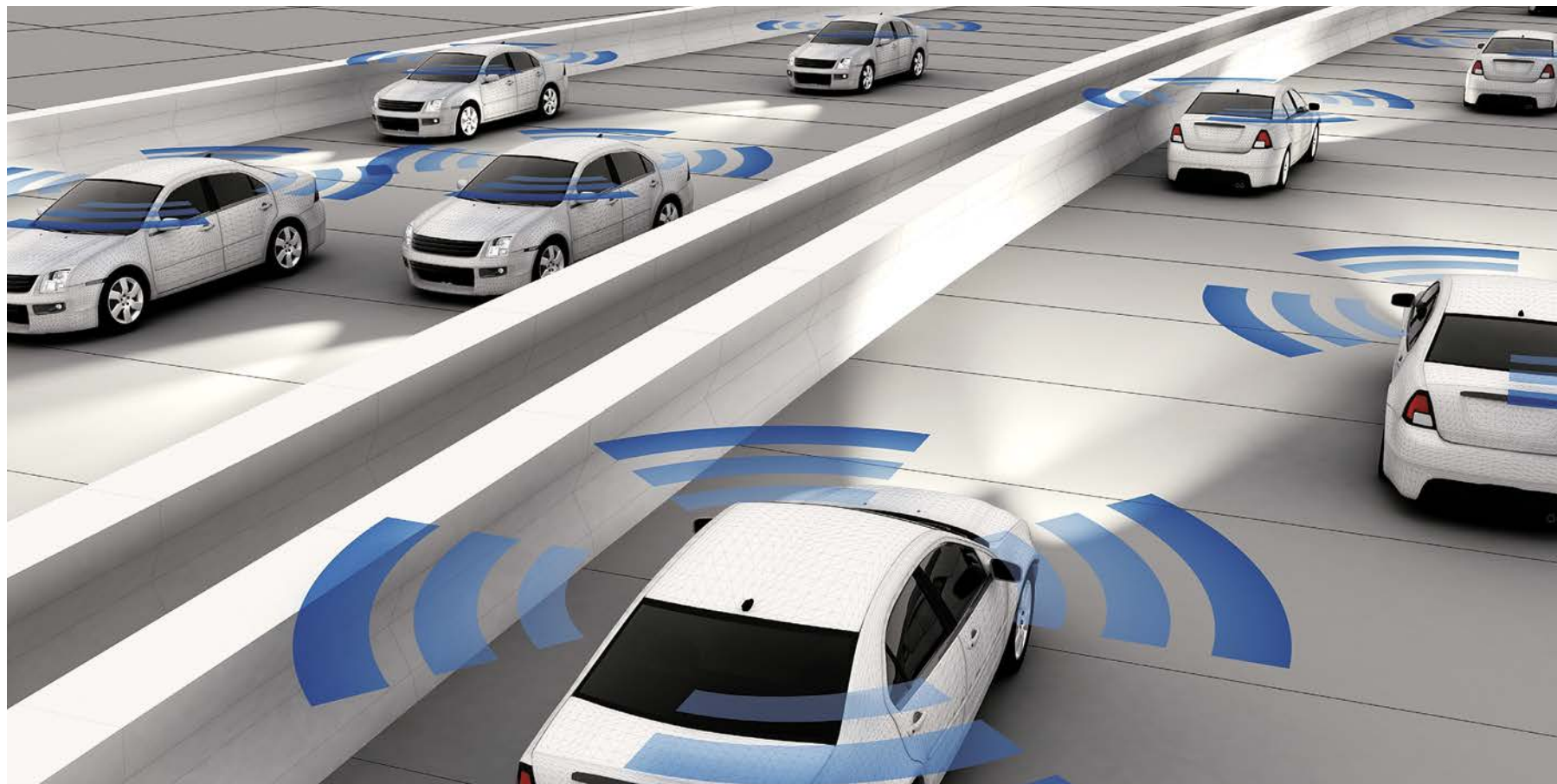
SPÉCIAL **AUTO**fonction
publique

beschäftigt sich ausschließlich mit der Weitergabe von Daten über die Schnittstelle zwischen dem Fahrzeug und dem Server der Fahrzeughersteller, die in modernen Fahrzeugen ver-

fügar ist. Diese Schnittstelle erlaubt ausschließlich eine gesicherte Kommunikation zwischen dem Fahrzeug und dem Server des Fahrzeugherstellers. Andere Schnittstellen, wie bei-

spielsweise die Schnittstelle zwischen Handy und Fahrzeug oder die Vehicle-to-Vehicle-Kommunikation (V2V), sind von dem Konzept nicht beeinflusst. Ebenso bleibt der Zugriff

auf Fahrzeugdaten für Reparatur- und Wartungsmaßnahmen über die im Fahrzeug eingebaute Diagnose-schnittstelle OBD-2 weiterhin erhalten. (VDA)



—
Demande de prêt en ligne sur www.raiffeisen.lu, depuis R-Net ou CCP Connect
—

TAUX SPÉCIAL AUTOFESTIVAL
—
Pas de frais de dossier
—
Conditions préférentielles pour les membres Raiffeisen

Propositions valables sous réserve d'acceptation du dossier

Il est temps de découvrir **les conditions Autofestival !**



Raiffeisen

Naturellement ma banque

Pour acheter la voiture de vos rêves, Raiffeisen vous propose deux formules de financement à des taux particulièrement avantageux. Faites votre demande de prêt en ligne dès aujourd'hui sur www.raiffeisen.lu, depuis R-Net ou CCP Connect et profitez des conditions spéciales Autofestival! Plus d'informations dans votre agence Raiffeisen la plus proche ou sur www.raiffeisen.lu.

Notbremsassistenten: Zuverlässig, mit kleinem Aber

Pkw-Notbremsassistenten können einen wertvollen Beitrag zur Unfallvermeidung leisten: Nach Erkenntnissen der ADAC-Unfallforschung sind knapp ein Viertel aller Unfälle mit Personenschäden Auffahrunfälle. Rund 40 Prozent davon wären durch den Einsatz eines Notbremsassistenten zu vermeiden.

Über das übliche Verfahren hinaus hat der ADAC exemplarisch drei Notbremssysteme auf ihre Zuverlässigkeit untersucht. Das Ergebnis: Trotz Variationen im Untersuchungsverfahren funktionieren die Sensoren gut bei der Erkennung von Hindernissen. Bei Nässe und der Fehleranzeige gibt es Verbesserungspotenzial.

„Nach bisherigen Erkenntnissen stellt ein Notbremsassistent neben

dem Elektronischen Stabilitätsprogramm den bestmöglichen Unfallschutz dar. Deshalb sind die Hersteller aufgefordert, sie zuverlässig zu konstruieren und serienmäßig für alle Fahrzeugklassen anzubieten“, erklärt Dr. Reinhard Kolke, Leiter der Abteilung Test und Technik beim ADAC.

Untersucht wurde zum einen ein einfaches City-Notbremssystem (bis 30 km/h) bei einem VW der Kleinwagenklasse. Der LiDAR (Light Detection And Ranging)-Sensor in der Windschutzscheibe arbeitet zuverlässig, sogar bei verdreckter Scheibe. Auch parkende Autos sind keine Störfaktoren und die rasche Kalibrierung nach einem Neustart funktioniert einwandfrei. Wird der Sensor jedoch komplett abgedeckt – und damit eine Blockierung

durch Vogelkot oder Laub simuliert – erfolgt keine Warnung. Bei nasser Fahrbahn reagiert das Assistenzsystem zu spät, um einen Aufprall zu vermeiden.

Zum anderen untersuchten die ADAC-Experten exemplarisch ein radarbasiertes System, eingebaut in einem Seat. Das Ergebnis: Da sich der Sensor im Kühlergrill befindet, hat Dreck auf der Windschutzscheibe keinen Einfluss. Schnee oder Eis können Radarsensoren jedoch stören. Da sich der Sensor nach jedem Neustart selbst prüft, ist die volle Funktion des Systems erst nach einer kurzen Fahrt gegeben.

Als drittes wurde die Stereokamera bei einem Subaru unter die Lupe genommen. Das System ermöglicht räumliches Sehen und – wie der

Seat – die Erkennung von Fußgängern. Der Assistent arbeitet zuverlässig auch bei verdreckter Scheibe und warnt bei Sichtblockade. Die Bremsreaktion erfolgt so früh, dass der Wagen auch auf nasser Fahrbahn zum Stehen kommt.

Das Fazit der ADAC-Experten: Pkw-Notbremsassistenten sind die letzte Hilfe bei Unaufmerksamkeit und arbeiten zumeist gut.

Sie sparen dem Fahrzeugbesitzer auch Kosten für so manche Schäden bei Auffahrunfällen. Gänzlich darauf verlassen darf man sich aber nicht, denn nicht alle Störungen werden angezeigt bzw. die Bremsfunktion funktioniert bei Nässe teilweise zu spät.



volkswagen.lu

Offrez-vous notre série spéciale « 70 Joer Volkswagen Lëtzebuerg ».

Prix net : 31.990 €
Soit un avantage de 7.698 €



Le Tiguan Highline 2.0 TDI 150 ch 4Motion.

Voici la bonne affaire à saisir sans tarder : le Tiguan Highline 2.0 TDI avec 4Motion et 110 kW (150 ch) vous attend pendant l'Autofestival au prix net exceptionnel de 31.990 € TTC. Profitez de son équipement de série très complet, incluant entre autres le système navigation & infotainment « Discover Media », la peinture métallisée ou nacrée, la climatisation « Air Care Climatronic », le système d'assistance ACC (régulation automatique de la distance), 4 roues en alliage léger « Kingston » 18" et bien d'autres équipements encore.

Demain démarre aujourd'hui !



Volkswagen

Consommation moyenne : 7,4 - 5,6 l/100 km. Emissions CO₂ : 170 - 146 g/km. Photo non contractuelle. Vous trouvez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur www.volkswagen.lu



drive

En ligne avec vous

Drive

L'assurance AUTO nouvelle génération.

www.cgfp-assurances.lu



16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Aufräumen im Fahrzeugcockpit

Seit Jahren verdrängen Touchscreens, Schrifterkennung und Gestensteuerung die früher üblichen mechanischen Tasten und Regler im Auto. Zu Lasten der Verkehrssicherheit. Denn das Bedienen von Navigation, Bordmenü und Radio lenkt ab.

Bosch zeigte auf der CES 2018 in Las Vegas smarte Cockpit-Technik, mit der sich Autofahrer aufs Fahren konzentrieren können. Der Blick bleibt da, wo er hingehört – auf der Straße. Laut Allianz-Untersuchungen bedienen 63 Prozent der Autofahrer das Navi während der Fahrt, 61 Prozent suchen einen anderen Radiosender und 43 Prozent klicken sich im Bordcomputer durch komplizierte Menüs. Diese Ablenkung ist eine der häufigsten Unfallursachen.

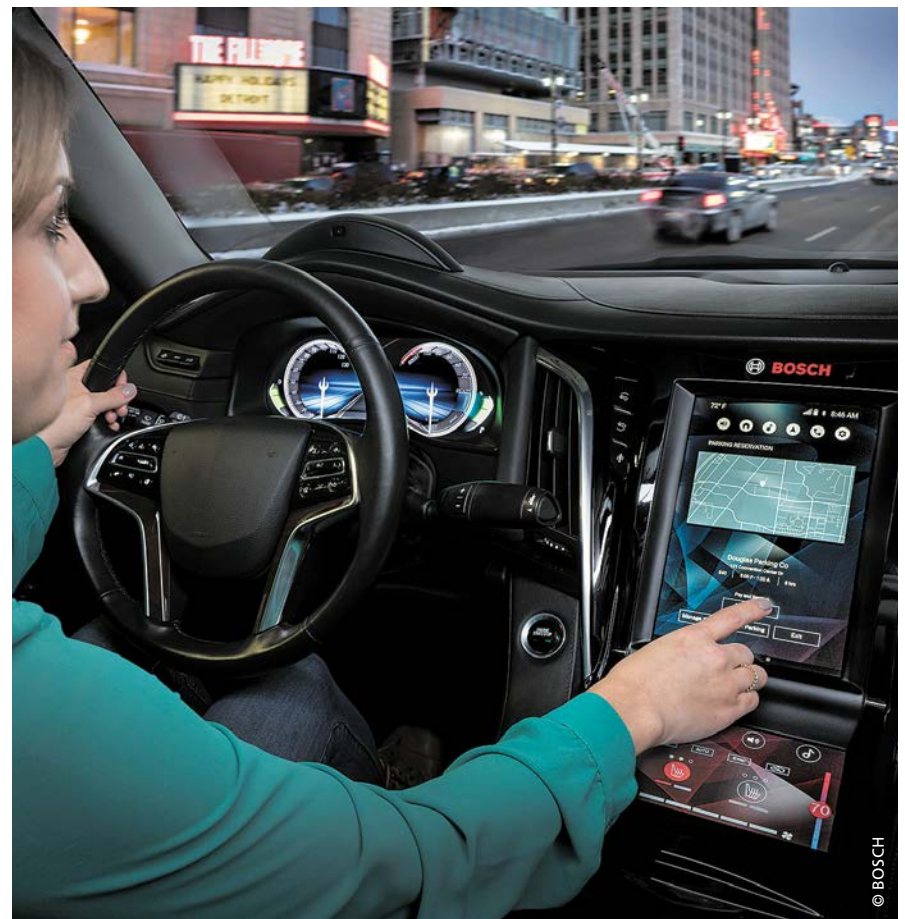
Digitale Anzeigen machen Autofahren sicherer

90 Prozent aller Sinneseindrücke nehmen Menschen über ihre Augen

wahr. Das bedeutet, dass der Fahrer wichtige Informationen zum richtigen Zeitpunkt direkt im Blick haben muss. Das übernehmen digitale Anzeigen im Cockpit. Sie können heute mehr als Geschwindigkeit, Motordrehzahl und Reichweite anzeigen. Intelligente und mitlernende Algorithmen filtern Inhalte und priorisieren sie.

Wird es auf der Straße glatt, erhält der Fahrer sofort eine Warnmeldung direkt in sein Blickfeld. Weniger wichtige Informationen wie der Radiosender werden auf ein anderes Display verschoben. Das hilft dabei, dass der Fahrer sich aufs Verkehrsgeschehen konzentrieren kann.

Wenn es um die Bedienung von Infotainment, Klimaanlage und Radio geht, haben Touchscreens und zentrale Controller einen entscheidenden Nachteil: Der Fahrer muss hinsehen, um die richtigen Befehle einzugeben. Wer bei Tempo 50 im Stadtverkehr nur zwei Sekunden

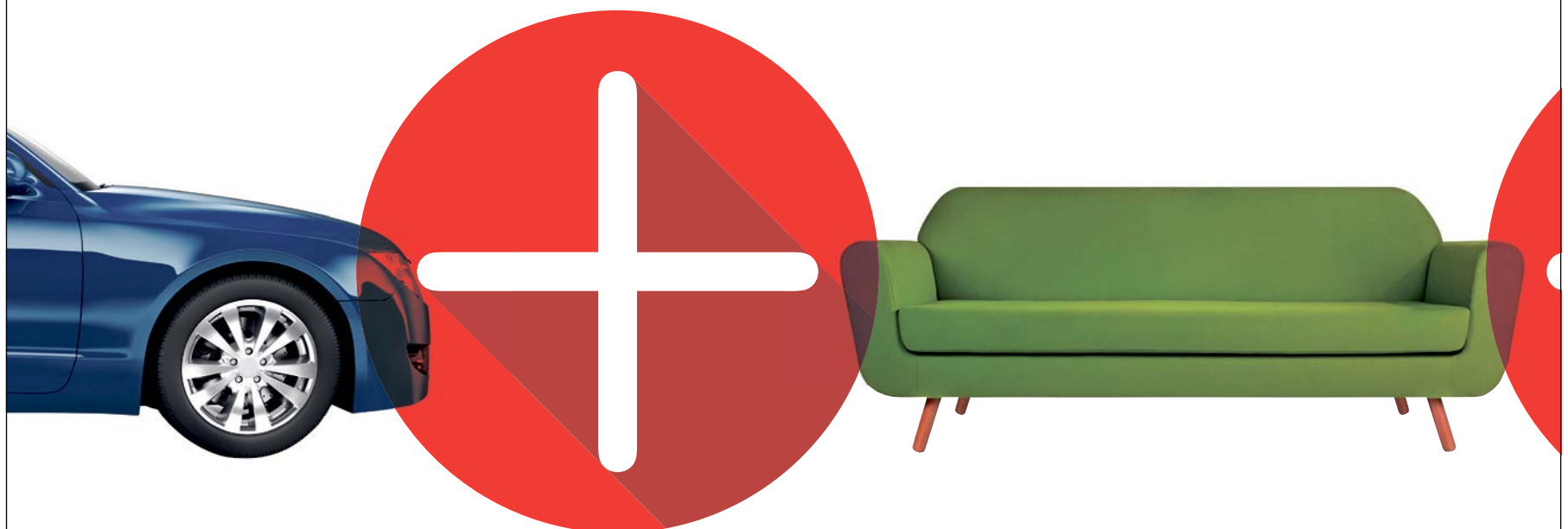


den Blick von der Straße abwendet, legt dabei 30 Meter zurück; bei 120 km/h auf der Autobahn sind es mehr als 60 – und das im Blindflug. Displays mit haptischem Feedback

werden sich in Autos durchsetzen. Mit ihnen lassen sich beispielsweise Radio oder Telefon schneller, einfacher und vor allem sicherer bedienen, ist man bei Bosch überzeugt.

PRÊT 

Plus près de vos besoins pendant l'Autofestival.



Conditions exceptionnelles à saisir!
Infos, conditions & heures d'ouverture sur:

www.bcee.lu/festival



SPUERKEESS

Äert Liewen. Är Bank.

 /spuerkeess

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg, établissement public autonome,
1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775
www.bcee.lu tél. (+352) 4015-1



DS AUTOMOBILES

SPIRIT OF
AVANT-GARDE

DS 7 CROSSBACK

De l'audace naît l'excellence



DS préfère TOTAL  DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ.

 3,9 – 5,9 L / 100 KM  101 – 135 G CO₂ / KM

Informations environnementales : <http://www.dsautomobiles.lu/fr/univers-ds/consommation-a-l-usage.html> - Plus de renseignements chez nous.

DSautomobiles.lu

DS STORE LUXEMBOURG - 5, RUE ROBERT STUMPER, L-2557 LUXEMBOURG/CLOCHE D'OR - TEL. +352 402266